Nr. 275. Halle a. S., Mittwoch den 23. November 1904. 15. Jahrg.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1.80 Mk. pränumerando frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 Mk. exkl. Bestellgeld.
„Die neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht bezieh-bar, kostet monatlich 10 Pf., vierteljährlich 80 Pfg.
Telephon Nr. 1047. Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

Insertionsgebühr beträgt für die 6gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., für Wohnungs-, Partei- u. Gewerkschaftsversammlungs-Anzeigen 10 Pfg. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 75 Pfennig.
Inserate für die tägliche Nummer müssen spätestens bis vormittags halb 10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Geiststr. 21, Hof 2 Tr. Redaktion: Geiststr. 21, Hof 2 Tr.

Ostelbische Kulturbilder.

I.

Der Gutsbesitzer Milbrodt im Kreise Mogilno hat seinen Knecht Kortorski aus dem Dienste gejagt. Später besinnt sich der Besitzer eines anderen und fordert die Rückkehr Kortorskis zur Arbeit. Das Schöffengericht erkennt die „Berechtigung" dieser Forderung an, Kortorski legt Berufung ein, wird aber am 2. September auf Befehl des Distriktskommissars v. Dodungen **verhaftet.** Kortorski bleibt von da bis zum 22. September in Haft. Am 22. September wird vor der Strafkammer in Gnesen gegen ihn verhandelt; wie selbstverständlich wird **er freigesprochen.** Am **26. September wird er wieder verhaftet** und bis zum 29. September in Haft behalten.

Kortorski, der sich eine solche Behandlung doch nicht ganz ohne weiteres gefallen lassen will, stellt gegen den Distriktskommissar Privatklage und fordert von ihm Ersatz für entgangenen Arbeitsverdienst in der Höhe von — 20 M.! Gegen diese allzu bescheidene Forderung aber erhob die königliche Regierung in Bromberg den „Kompetenzkonflikt", d. h. sie bestritt die Zuständigkeit der Gerichtsbehörden. Und zwar tat sie das mit folgender Begründung:

Die angestrengte Klage erscheint unzulässig, weil eine Ueberschreitung seiner Amtsbefugnisse durch den Beklagten nicht stattgefunden hat.

Kläger behauptet, Beklagter habe sich dadurch verfehlt, daß er vor Austragung des gegen ihn, Kläger, schwebenden strafgerichtlichen Verfahrens mit polizeilichen Zwangsmaßregeln vorgegangen sei.

Dieser Standpunkt ist unbegründet. Der Ausgang des strafgerichtlichen Verfahrens war an sich für die Frage, ob Kläger durch polizeiliche Strafen zur Rückkehr in sein Dienstverhältnis zu zwingen sei, nicht maßgebend. **Der Polizei muß ohne Rücksicht auf das gerichtliche Verfahren ein selbständiges Entschließungsrecht gewahrt bleiben.** Der entgegengesetzte Standpunkt würde zu einer vollkommenen Lähmung der Exekutive führen . . .

Im vorliegenden Falle war Beklagter um so mehr gerechtfertigt, auf Grund der Angaben des Dienstherrn gegen seinen Kläger vorzugehen, als dieser in erster Instanz, von dem Schöffengericht, wegen ungesetzmäßigen Verlassens seines Dienstes verurteilt worden war. Es kommt hinzu, **daß wegen der damals stattfindenden Erntearbeiten ein schleuniges Eingreifen durch die Natur der Sache bedingt war.**

Auch hätte der Kläger weitere Rechtsmittel gegen die abweisende Entscheidung des Landrats nicht eingelegt.

Im übrigen entsprach das Verfahren des Beklagten den gesetzlichen Bestimmungen.

Der erhobene Konflikt ist daher gerechtfertigt.

Bromberg, den 31. Oktober 1904.

Der Regierungspräsident
gez. v. Günther.

Im gestrigen Leitartikel besprachen wir die Taufrede des Kanzlers Bülow beim Stapellauf eines neuen Panzerschiffes. Darnach sollte er u. a. gesagt haben: „Großen und Kleinen das Maß ihres Rechts nach Gesetz und Verfassung verbürgend." Daß die Worte gefallen sind, unterliegt keinem Zweifel. Aber nach anderen Berichten sind sie nicht als selbständiger Satz aufzufassen, sondern haben Bezug auf den vorausgegangenen Satz, der von der Einigkeit der deutschen Fürsten und Stände spricht. Nach der vorliegenden Entscheidung des Bromberger Regierungspräsidenten ist man jedoch versucht, in der Tat an die Konstatierung besonderer Maße von Recht für die Großen und für die Kleinen zu glauben. Der große Gutsbesitzer hat ein so großes Maß von Recht, daß er den kleinen Knecht davonjagen, wieder zurückrufen und wenn der Knecht nicht folgt, ihn einsperren lassen kann. Und eine obere Verwaltungsbehörde billigt das und unterstützt das große Recht des Gutsbesitzers. Die Polizei, so erklärt der Regierungspräsident, müsse ohne Rücksicht auf das gerichtliche Verfahren ein selbständiges Entschließungsrecht haben, weil sonst die „Exekutive" lahmgelegt würde. Das ist ein Standpunkt, der bei strenger Durchführung die angenehmsten Aussichten eröffnet. Es ist die offene Proklamierung der Polizeiallmacht, die sich unbekümmert um gerichtliche Verfahren will betätigen können. Was das Gericht beschließt, darnach braucht sich die Polizei nicht zu richten. Das Gericht läßt den Knecht frei; die Polizei spundet ihn wieder ein. Selbst als das Landgericht auf Freisprechung erkennt, will die Polizei ihre „Exekutive" nicht lahmlegen lassen und setzt den Knecht wieder ins Loch.

Fürwahr! Auf diesem Baume der polizeilichen Erkenntnis werden noch berückende Früchte „der Exekutive" reifen.

Nebenher eine Frage: Gesetzt den Fall, der Gutsbesitzer Milbrodt hätte den Knecht zu Unrecht entlassen und der Knecht hätte ein gerichtliches Erkenntnis auf Wiedereinstellung in den Dienst erzielt — theoretisch wäre ja der Fall denkbar — aber der Gutsbesitzer hätte dem Gerichtsbeschluß keine Folge gegeben, würde dann die Polizei ihre „Exekutive" gleichfalls angewendet und den Gutsbesitzer ins Loch gesteckt haben? „Großen und Kleinen das Maß ihres Rechts . . . !"

II.

Dieser Tage veröffentlichte Graf Albrecht Finckenstein im Anzeigenteil mehrerer Berliner Blätter die Mitteilung, daß seine Gattin, die Gräfin Mary geb. Miß Nanson gestorben sei. Dieser Mitteilung fügte der Graf die Bemerkung hinzu: Sie (seine Frau) sei der seit 9 Jahren bestehenden Zwangsverwaltung seines Majorats Herzogswalde zum Opfer gefallen, die auf Veranlassung der Herren Bernhard von Puttkamer-Plauth und Kammerherrn Elard von Oldenburg-Januschau gegen ihn (den Grafen) eingeleitet worden sei.

Diese Nachricht, die auf einen neuen unerhörten Skandal im Kreise der Erstklassigen schließen ließ, blieb zunächst recht dunkel. Wer die Gewohnheiten des Adels kennt, mußte annehmen, daß „Mary Nanson" irgend eine Milliardärstochter sei, die Graf Albrecht in irgend einem überseeischen „Salon Hartert" erstanden hätte. Solche Kuppelehen gelten ja durchaus nicht als standeswidrig, und es war nicht einzusehen, was die Puttkamer und Oldenburg gegen Miß Nanson hätten einwenden können.

Einige Mitteilungen der Berliner Mittagszeitung bringen etwas Licht in diese dunkle Angelegenheit. „Mary Nanson" ist nicht die Tochter eines amerikanischen Trustmagnaten, sondern das Kind eines ehrlichen, aber verarmten deutschen Kaufmannes, der ursprünglich den Namen Nathanson führte. Das kleine Fräulein Nathanson gehörte somit zu jener Kategorie von „Mädels", die zu verführen durchaus standesgemäß, die zu heiraten aber höchst standeswidrig ist.

Eine Kousine der Verstorbenen ist mit Joseph Kainz, einem der berühmtesten Schauspieler der deutschen Gegenwart, verheiratet. Ein Kainz vergibt sich nichts, wenn er ein Mädchen aus dieser Familie heiratet. Aber wenn ein Jardeleutnant Albrecht Graf Finckenstein aus Liebe ein Fräulein Nathanson heiratet, das arm ist wie eine Kirchenmaus — so geht auf Schloß Herzogswalde die weiße Frau um und ringt die Hände. — Wenn sie noch Geld gehabt hätte!

Und die Moral von diesen beiden Geschichten? Sie ist nicht schwer zu finden. Die borussische Kultur ist der Todfeind aller Menschlichkeit und Menschenwürde, mag sie in einem armen Knecht verkörpert sein, oder sich zufällig in die Seele eines hochgeborenen Grafen verirrt haben.

Tagesgeschichte.

Halle a. S., 22. November 1904.

Das Abgeordnetenhaus

trat nach der unnütz langen Pause, die von den Kanalverschleppern für die viel rascher beendeten Arbeiten der Kanalkommission verlangt worden war, gestern wieder zu seiner hundertsten Sitzung zusammen. Es genehmigte zunächst die Uebersicht über die Staats-Ausgaben und Einnahmen für 1902 und damit auch die in diesem Jahre vorgekommene Etatsüberschreitung im Betrage von mehr als 88 Millionen. Zwar hatte der Zentrumsabg. Strombeck und noch lebhafter die Nationalliberalen Dr. Sattler und Dr. Friedberg die Regierung wegen der großen Höhe der nicht vorher bewilligten Ausgaben, die sich schon bei der Aufstellung des Etats sehr gut hatten vorhersehen lassen, lebhaft angegriffen, aber ihr früherer Fraktionskollege Kölle, der jetzt Geheimrat im Finanzministerium geworden ist, wußte sie darauf hinzuweisen, daß sie früher oft schon größere und schlimmere Etatsüberschreitungen genehmigt hätten, und so erteilte das ganze Haus im Bewußtsein der eigenen Sündhaftigkeit der Regierung Generalabsolution. Man hatte sich nur gegenseitig bestätigt, daß dieses unfähige Dreiklassenwahlparlament nicht einmal die Finanzkontrolle gewissenhaft auszuüben im stande ist.

Danach war es ein Teil des preußischen Schulelends, der das Haus beschäftigte. Der Abg. Arendt (frk.) verlangte

---

2) (Nachdruck verboten.)

Das Goldmacherdorf.

Eine anmutige und wahrhafte Geschichte für Schule und Haus.
Von Heinrich Zschokke.

3. Was der verständige Müller erzählt.

Als Oswald in seinem Dorfe so viel Laster und Sünden sah, ist ihm vor Zorn das Herz geschwollen. Er ging in die Mühle, wie er allemal tat, wenn er voll Unmuts war. Und wenn ihn da die holdselige Elsbeth anlachelte, verschwand sein Verdruß wie eine Nebelwolke an der Stirn des Berges vor dem Glanz der Sonne.

Oswald sprach zum Müller: „Nein, wie sind doch die Leute so gottlos und die Hütten so voll Jammers! Das ist vor Zeiten nicht so gewesen. Da war der Fleiß auf den Feldern, die Zierlichkeit im Dorfe, die Eintracht in den Häusern und der Reichtum in den Scheunen. Da wurden die Bauern hochgeehrt von den Städtern, und man nannte sie auch wohl die Herren Goldenthaler. Nun ist alles umgekehrt, und die Armut sitzt neben der Bosheit unter den Dächern. Wie hat der Krieg so viel Uebels angerichtet!"

Der Müller antwortete und sprach: „Unser Dorf hat vom Krieg viel gelitten, gleich wie andere Dörfer und Städte. Es lagerten sich fremde Völker bei uns ein und verzehrten unsere Vorräte, wir mußten den Kriegsleuten dienen und liefern, was sie wollten; wir mußten der Obrigkeit Zins und Steuern zahlen; wir hatten schlechten Verdienst, denn Handel und Wandel standen still, alles Gewerb war Verderb, und schlechte Jahre und Witterungen kamen dazu, daß das Gras auf den Feldern, das Getreide auf den Aeckern, das Obst an den Bäumen und die Trauben an den Reben umkamen. Aber unser Unglück stammt nicht von Krieg und Teuerung her. Denn andere Dörfer und Städte haben gelitten wie wir, und sangen doch wieder an, heiter aufzuschauen. Aber in unserem Dorflein wird es alle Tage schlimmer. Andere Städte waren in Trübsal und Armut untergesunken, wie wir; **doch heben sie sich wieder daraus mit Gottes Hilfe hervor. Aber, beim Himmel sei's geklagt, wir gehen nun darin unter."**

„Das **wolle Gott verhüten!**" rief Oswald. „Woher kommt das?"

Der Müller antwortete: „Das **kommt daher:** die anderen strengen ihre Kräfte an und schwimmen an das Ufer; wir überlassen uns dem Spiel der Unglückswogen und unsere Rettung dem Zufall. Ja, diejenigen, welche uns helfen können, zie en uns noch tiefer in den Wasserstrudel hinein."

„Wer sind die?"

„Ich will es Dir wohl im Vertrauen unter vier Augen offenbaren!" sagte Müller. „Wenn es mit einer Gemeinde den Kreosgang geht, so kannst Du Dich darauf verlassen, hat sie schlechte Obrigkeit. Und das ist bei uns der Fall. Unsere Ortsvorgesetzten sind entweder eigennützige Menschen, oder einfältige, schwache Leute. Zwei von ihnen haben eigene Wirtshäuser, und der Schwiegersohn des dritten hat auch ein Trinkhaus. Da ist es ihnen eben recht, wenn die Leute lieber bei ihnen hinterm Tisch, als bei der Arbeit sind. Wird die Gemeinde versammelt, so ist es bald in diesem, bald im andern Wirtshaus, und da muß am Ende eins getrunken werden. Haben die Durstigen kein Geld, so wird ihnen geborgt. Können sie nicht zahlen, so kauft man ihnen ein wohlgelegenes Stück Land um das andere ab, oder nimmt es für die Schuld an; oder, was die Leute haben, wird öffentlich versteigert. Dann sind die Bettler fertig. Daher kommt nach und nach alles liegende Gut in die Hand einzelner reicher Leute. Wer Geld bei en will, geht zu ihnen und bekommt um doppelten und dreifachen Zins. So werden die Bedürftigen durch unchristlichen Wucher desto schneller zu Grunde gerichtet."

„Ei, warum borgen sie, welche Geld brauchen, nicht lieber das Geld am anderen Orten, oder in der Stadt bei rechtschaffenen Leuten?" rief Oswald.

„Weil man unserer Gemeinde an anderen Orten keinen Kreuzer mehr anvertraut!" erwiderte der Müller. „Denn weil die Gemeindevorgesetzten bisher die Geldaufbruchscheine für Bedürftige auf die liederlichste und leichtsinnigste Weise ausgestellt haben, sind die, welche Geld darauf liehen, hintennach darum halb oder ganz betrogen worden. So haben wir durch die Nachlässigkeit der Vorsteher allen Kredit eloren und alle Hoffnung auf fremde Hilfe. Weil uns niemand in der Stadt mehr borgen will, so schimpfen und fluchen unsere Leute tagtäglich auf die Städter und drohen mit Mord und Brand. Widerführe einmal der Stadt ein Unglück, so würde das die größte Freude unseres Lumpengesindels sein, obgleich wir von der Stadt noch viel Verdienst und Almosen haben."

„Das ist abscheulich", schrie Oswald, „aber wir haben ja noch ein ordentliches Gemeingut."

„Ja, das Gemeingut ist auch verschuldet und wird nur von den Reichen benutzt!" antwortete der Müller, „denn wenn die Vorgesetzten ein Geschäft gutun, einen Umgang an den Marksteinen und Grenzen halten, eine Holzanweisung machen, oder sonst etwas extra verrichten; so wird auf Kosten der Gemeinde gechmauset und gezecht. Damit geht das Vermögen der Gemeinde durch die Gurgel der Vorsteher. Jeden Gang wollen sie bezahlt haben. Dazu kommt, daß, weil die Reichen Kühe halten können und die Armen keine, so benutzen sie den Weidgang im Wald und auf den Allmenden allein für sich, und die Armen haben keinen Nutzen und Vorteil von den Gemeindegütern.

„Wenn Du das alles weißt, Müller, warum sagst Du das nicht der ganzen Gemeinde und öffnest ihr die Augen?" fragte Oswald zornig.

„Weil es nichts hilft!" erwiderte der Müller, „denn da die meisten im Dorfe bei den Reichen verschuldet sind, so tun die Reichen was sie wollen, und es darf ihnen keiner widersprechen. Und wenn unseres gegen Mißbräuche den Mund auftun will, so toben und lärmen die Lumpenkerle alle, daß man seines Lebens kaum sicher ist. Das wissen die Vorgesetzten und die Reichen wohl. Die betrachten die verlumpten Kerle wie ihre Hunde, welche sie nach Belieben auf jeden loslassen können, der ihnen in die Quere kommt."

„Das ist ein Teufelsleben!" schrie Oswald. „Wenn denn die Menschen keinen Verstand haben, so sollten sie doch ein Gewissen und Gottesfurcht haben."

„Ja, sie sollten wohl", sagte der Müller, „aber woher nehmen? Unser Herr Pfarrer ist ein alter Herr, der für seine Pfründe und Bequemlichkeit sorgt, immer vom Glauben predigt, von Himmel und Hölle, und seine Kirchengeschäfte verrichtet, wie ein anderer sein Tagewerk, und hat er es getan, sich um anderes nicht bekümmert. Was man tun müsse, worin die christlichen Tugenden bestehen, und wie man sie erlangen und ausüben müsse — das lehrt er nicht. Er geht jahrelang in keines Bauern Haus, als im Notfall, wo er gerufen wird. Folglich ist er kein wahrer Ratgeber, kein wahrer Tröster, und kennt den Zustand der Familien lange nicht genau genug, um auch im häuslichen Leben auf ihre Frömmigkeit und Besserung hinzuarbeiten. Die Leute gehen aus Gewohnheit in die Kirche, der Pfarrer predigt aus Gewohnheit, und mit dem Schritt aus der Kirche bleibt es bei den gewohnten Lastern und Liederlichkeiten. Und weil die Menschen von innen in ihrem Herzen nicht besser werden, wird es auch von außen nicht besser, und wie die Alten sungen, so die Jungen."

„Was? Taugt der Schulmeister auch nichts?" fragte der Oswald.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041123-13/fragment/page=0001

In einem Initiativantrage die gesetzliche Regelung der Gehaltsverhältnisse der Lehrer und Lehrerinnen an den höheren Mädchenschulen. Man kann sich eine Vorstellung davon machen, wie schlecht die Besoldung dieses Teils der Lehrerschaft sein muß, wenn ein solcher Antrag vom freikonservativen Dr. Arendt kommt! In der Tat wurde denn auch in der Diskussion von mehreren Rednern nachgewiesen, daß die Lehrerschaft an den höheren Mädchenschulen vielfach von den Gemeinden schlechter bezahlt werde, als in anderen Gemeinden die Volksschullehrer. Am schlimmsten steht es natürlich in Mecklenburg. Trotzdem wünschen die „Schulfreunde" aus dem Zentrum und der konservativen Partei, daß die „Freiheit" der Gemeinde, ihre Lehrer auszubeuten, nicht beschränkt werde. Die Mehrheit des Hauses nahm den Antrag Arendt an — die Regierung äußerte sich nicht. So wird dieser Beschluß ebensowenig bessern, wie die vorhergehenden in den letzten 15 Jahren.

Zum Schluß beschäftigte sich das Haus mit dem Antrage Kernth (Frs. Vp.) auf Erhöhung der Richtergehälter und Vermehrung der Richterstellen. Die lustige Kommission schlug statt seiner eine gewässerte Resolution vor. Nach dem Referat des Berichterstatters vertagte das Haus die Besprechung auf eine spätere Sitzung.

Heute steht der Gesetzentwurf betr. Errichtung eines Oberlandesgerichts in Düsseldorf auf der Tagesordnung.

Ein Nachklang vom Königsberger Prozeß.

Am 26. April 1904 wurde bekanntlich die Untersuchungshaft gegen die Angeklagten im Königsberger Prozeß, die Genossen Braun, Nowagrotzki und Treptau aufgehoben. Genosse Braun befand sich damals noch in Zürich. Um ihn möglichst schnell von dem für ihn so wichtigen Ereignis in Kenntnis zu setzen, sandte ihm Genosse Reiher ein Telegramm. Dieses wurde in Königsberg am 26. April, mittags 12 Uhr 40 Minuten, aufgegeben, erreichte den Genossen Braun aber erst am folgenden Tage. Die Post hatte es zunächst dem Ersten Staatsanwalt vorgelegt. Diesen Tatbestand veröffentlichte die Königsberger Volkszeitung und knüpfte daran die Bemerkung, daß man doch die hohen Telegrammgebühren für sofortige Übermittelung zahle; sie hätte aber von der Rückzahlung jener Gebühren an den Absender noch nichts gehört.

Durch diese Notiz sollen nun „die Postbeamten im Bezirk der kaiserlichen Oberpostdirektion Königsberg" beleidigt sein und die Oberpostdirektion hat gegen den verantwortlichen Redakteur, Genossen Marchionini, Strafantrag gestellt.

---

§ 95.

Wegen Kaiserbeleidigung ist in Dresden der Architekt Stahl aus Hamburg zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. —

Ein Stadtarbeiter der Stadt Metz wurde durch ein 19jähriges Mädchen und ihre Mutter denunziert, beleidigende Aeußerungen über den deutschen Kaiser gemacht zu haben. Das nicht sehr gut beleumundete Mädchen will sich über den Arbeiter geärgert haben, weil dieser ihr im Trunke sittliche Verfehlungen vorwarf. Das Mädchen denunzierte den Mann ein halbes Jahr später als diese Beleidigungen, welche sich auf die Anwesenheit des Kaisers in Metz, die Einweihung der evangelischen Kirche, seine Stellung zu dem katholischen Klerus und die Aufenthalte im Auslande bezogen, gefallen waren. Der Angeklagte bestritt entschieden, die Worte gebraucht zu haben. Der Staatsanwalt sagte in seinem Plaidoyer, die Sache könne sich nicht der öffentlichen Billigung erfreuen, da sie leider eine der vielen Denunziationen dieser Art bilden, die einer trüben Quelle entsprungen wären. Da aber der Angeklagte schon einmal wegen Majestätsbeleidigung mit 4 Monaten Gefängnis bestraft wäre und auch die Zeuginnen einen Grund, Falsches zu behaupten, nicht hätten, beantragte er 3 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof bewertete aber die eidlichen Zeugenaussagen der Belastungs-Zeuginnen anders und sprach den Angeklagten frei. —

Ein weiteres Beispiel von der Unhaltbarkeit des Majestätsbeleidigungs-Paragraphen gibt folgender Fall, der aus München gemeldet wird:

Im sogenannten Affenkasten des Augustinerbräu saß der vollständig betrunkene 54 Jahre alte Musiker Xaver Kreitinger allein an einem Tisch. Er murmelt vor sich eine Einladung zur Kirchweih her und nennt gleich darauf den Prinzregenten. Die Aeußerung wurde von dem Reisenden Ludwig Graf gehört. Der Herr hatte nichts Eiligeres zu tun, als Anzeige zu erstatten. Kreitinger wußte sowohl in der Voruntersuchung als in der Hauptverhandlung nur so viel, daß er ca. 8 Maß Bier und 5 Schoppen Wein getrunken hat und einen Kanonenrausch hatte. Die sinnlose Betrunkenheit wurde in der Hauptverhandlung von dem Denunzianten Graf auch bestätigt und da dieser den Kreitinger schon ca. 6—7 Jahre kennt, darf man ihm auch glauben, wenn er meint, daß wenn Kreitinger zu viel Bier getrunken, er nicht mehr wisse, was er sage. „Und trotzdem haben Sie die Anzeige gemacht?" meinte der Vorsitzende der Strafkammer und schüttelte dabei das weiße Haupt. Darauf vermochte der Denunziant keine Antwort zu geben. Das Gericht erkannte auf Freisprechung. —

Einen Dämpfer auf die Begeisterung der Kriegsfreiwilligen, die sich jetzt für Südwestafrika melden und eine spätere Versorgung erwarten, wird folgende Nachricht der Frankf. Ztg. aus München setzen: Die Teilnehmer der China-Expedition haben sich an das bayerische Kriegsministerium gewandt und berichtet, daß es vielen von ihnen noch nicht gelungen sei, nach der Rückkehr in die Heimat Beschäftigung zu finden. Die kgl. Staatsministerien weisen deshalb ihre untergebenen Stellen auf die Entschließungen hin, wonach bei Stellenbesetzungen nächst den Militäranwärtern die Chinakrieger besonders zu berücksichtigen seien.

Der Chinakreuzzug ist schon halb vergessen und liegt bereits mehrere Jahre zurück, trotzdem sind Teilnehmer an demselben bis jetzt ohne Erwerb gewesen! Die südwestafrikanischen Kriegsteilnehmer können sich auf ähnliche Erfahrungen gefaßt machen.

Der Grafregent von Lippe kann auch telegraphieren. Die Vereidigung der lippeschen Truppen auf die Person des Grafregenten Leopold ist auf dem Truppen-Uebungsplatz zu Senne erfolgt. Auf die Mitteilung hiervon sandte der Grafregent an den Obersten v. Strubberg folgende Depesche:

„In dem Augenblicke, wo ich in ein persönliches Verhältnis zu den Truppen des Kontingents trete, ist es mir Bedürfnis, die Offiziere, Sanitätsoffiziere, Militärbeamten und Mannschaften herzlich zu begrüßen. Aus treuem deutschem Soldatenherzen rufe ich mit ihnen allen: „Es lebe der oberste Kriegsherr Seine Majestät der Kaiser, hurra!"

Leopold."

Ein schlechtes Geschäft. Dem preußischen Abgeordnetenhause ist am Montag die Hibernia-Vorlage der Regierung zugegangen. Die Regierung sucht die Ermächtigung nach, die im Besitze der Dresdener Bank befindlichen Hibernia-Aktien im Nominalbetrage von **27 552 000** Mk. zu erwerben, und zu diesem Zwecke einen Betrag bis zu **69 500 000** Mk. zu verausgaben.

Daß die Regierung diese Ermächtigung erhält, ist nicht einmal vom preußischen Abgeordnetenhause zu erwarten. Der Aktienbesitz der Dresdener Bank bildet bekanntlich nur die Minorität, durch seine Erwerbung kann die preußische Regierung einen maßgebenden Einfluß auf die Verwaltung der Hibernia nicht erlangen. Die Debatte im Abgeordnetenhause aber wird Gelegenheit geben, im Hause oder außerhalb den ganzen üblen Handel, bei dem verschiedene Leute, nur nicht der preußische Staat, gute Geschäfte gemacht haben, noch einmal aufzurollen.

Wegen Bürgermeister-Beleidigung wurde in Ratibor der Stadtkämmerer Schneler in Katscher zu einem Jahre Gefängnis verurteilt und sofort verhaftet.

Welchen Zweck haben Gefängnisse? Wir lesen in Bernsteins Montagsblatt: Auf diese Frage hat ein Satiriker bekanntlich geantwortet, „auf daß diejenigen, die nicht darin sitzen, sich und andern einreden können, sie seien anständige Leute". Faktisch ist es in neun von zehn Fällen nur eine Sache der Umstände, ob jemand hinter Schloß und Riegel zu sitzen kommt. „So lange wir noch Gefängnisse haben," schreibt Bernard Shaw irgendwo, „ist es ziemlich gleichgiltig, wer drin sitzt."

Die Firma Haasenstein u. Vogler ersucht uns um die Aufnahme folgender Mitteilung (siehe tagesgeschichtliche Notiz in der Sonntagsnummer: Die Monopolisierung im Zeitungswesen):

Wiederholt wird von nicht zu ermittelnder Seite das Gerücht verbreitet, daß die Firma Scherl den größten Teil der Aktien unserer Gesellschaft an sich gebracht und unsere Firma „aufgekauft" habe.

Wir sind in der Lage, die feste Versicherung abgeben zu können, daß an dem Gerücht nicht das Geringste wahr ist. Der größte Teil der Aktien unserer Gesellschaft befindet sich in einer Hand vereinigt, und ist es von dieser Seite ausgeschlossen, daß die Aktien an irgend wen veräußert werden.

Leider ist es uns trotz eifrigster Nachforschung nicht möglich, den Urheber oder Verbreiter dieser Gerüchte, die, wie es scheint, systematisch von Zeit zu Zeit in die Oeffentlichkeit lanziert werden, zu ermitteln.

Die Erschießung einer gefangenen Hererofrau wird in dem Briefe des Sanitätsunteroffiziers Joseph Thiel mitgeteilt und vom Sprottauer Wochenblatte veröffentlicht. Der Brief ist Ende September in Sagan eingetroffen, der Briefschreiber starb inzwischen im Lazarett von Epicuro. In dem Briefe heißt es:

„Ihr dürft nicht denken, daß Karidona ein Ort oder gar eine Stadt ist. Es befindet sich hier weder ein Haus noch eine Hütte, nicht einmal gutes Wasser hat es. Die Löcher, woraus wir das Wasser nehmen, sind voll Schlamm, in dem sich unheimlich viel Frösche recht gemütlich fühlen. Als Stuhl benutze ich den Sattel, als Tisch eine leere Kiste. Wir lagern hier seit dem 4. September und haben den Zweck, die Hereros, welche von der Kolonne Estorff angegriffen wurden, an einem Durchbruch zu verhindern. Bis jetzt ist noch nichts geschehen. Wir liegen hier drei Züge der 4. Kompagnie, rechts von uns die 5. Batterie und rechts davon die 9. Kompagnie; auch befinden sich hier eine Feldbäckerei und eine Heliographenstation. Es haben sich Estorff schon sehr viele Hereros ergeben. Gestern wurde eine Gefangene eingebracht, die nur aus Haut und Knochen bestand. Die Hereros sind nämlich schon alle halb verhungert. Die Gefangene sagte aber trotzdem nichts aus und wurde deswegen gleich erschossen. Es befinden sich auch noch andere Gefangene hier, welche aber alles aussagen. Lange können es die Hereros nicht mehr aushalten, da sie durch Krankheit und Hunger schon sehr geschwächt sind. Das Vieh ist zum größten Teil dem Absterben nahe. Vor dem Gefecht am Waterberg und nach dem Gefecht bei Hamakari haben wir schon eine Unmenge totes Vieh angetroffen. In den Gefechten haben die Hereros viel Verluste gehabt. Trotzdem sie die Gefallenen mit sich nehmen, haben wir doch noch viel Tote gesehen; sie werden von uns nicht begraben, sondern bleiben liegen. Auf mancher Stelle ist es wegen des Leichengeruches von Negern und Vieh kaum auszuhalten."

Sollten die Angaben des Briefschreibers auf Wahrheit beruhen — und es liegt kein Grund vor, das zu bezweifeln — so wäre ein weiteres und noch viel krasseres Beispiel für die christlich-germanische Kriegführung erbracht worden, die wir in der letzten Zeit so häufig haben charakterisieren müssen. Die Erschießung einer halbverhungerten Hererofrau setzt allem bisher Vorgekommenen die Krone auf.

Eine neue Hiobspost aus Südwestafrika, die Nachricht vom Scheitern eines Transportdampfers, wird jetzt bekannt. Amtlich wird nämlich bekannt gegeben:

Hauptmann v. Hahnke, Führer des Transportes L., meldet in der Nacht vom 20. zum 21. November aus Swakopmund: Gertrud Wörmann 15 Kilometer nördlich Swakopmund bei Nebel gestrandet. Wetter ruhig. Mannschaft größtenteils in Sicherheit. Hoffe, Pferde und Ladung zu bergen.

An Bord der Gertrud Wörmann befinden sich: Feld-Vermessungstrupp, 4. Ersatzkompagnie, 2. Ersatzbatterie, zusammen 24 Offiziere, 382 Mann, 300 Pferde.

Der Kommandant der Vineta meldet über die Hilfeleistung bei dem sieben Meilen nördlich von Swakopmund im Nebel gestrandeten Transportdampfer Gertrud Wörmann: Die Fähnriche und Passagiere sind durch die Vineta an Bord genommen; desgleichen das Expeditionskorps. Sie sind nach Swakopmund gebracht. Es wird versucht, zunächst die Pferde, dann die Ladung an Land zu bringen. Leichter und Dampffahrzeuge sind in genügender Zahl vorhanden. Wenn das Wetter gut bleibt, kann voraussichtlich der größte Teil der

---

Der Müller sagte: „Seit Dein Vater gestorben ist, der ein gottesfürchtiger, verständiger Mann war, geht es mit der Schule schlecht. Die Knaben und Mädchen lernen zur Not lesen, schreiben und rechnen, auch wohl ein Gebet. Aber von ihren Eltern daheim lernen sie, was sie sehen, nämlich Lug und Trug, Schwören und Fluchen, Unzucht und Heuchelei, Raufen und Balgen, Betteln und Stehlen, Spielen und Saufen, Müßiggang und Mutwillen, Hader und Neid, Verleumden und Lästern."

Als Oswald diese Dinge hörte, schüttelte er den Kopf und ging in seiner Seele betrübt von dannen.

---

4. Wie der Oswald erschrecklich tut, und es ihm nicht hilft.

An einem Sonntage nach der Predigt, wurde die ganze Gemeinde versammelt; denn es war guter Rat teuer, woher Geld nehmen, weil im Lande eine außerordentliche Steuer ausgeschrieben, und noch dazu der Gemeinde eine Schuld aufgekündigt war, die bisher nicht gehörig verzinset worden. Und das ganze Dorf kam nach alter Uebung unter der großen Linde auf dem Platz zusammen. Die Vorsteher waren im Kreise der Bürgerschaft, und außer dem Kreise standen die Weiber, Töchter und Kinder, zu hören, was vorgehe.

Oswald war auch dahin gegangen und hatte sich vorgenommen, seinen Mitbürgern über ihren traurigen Zustand die Augen zu öffnen. Daher, als die Vorgesetzten ihre Anträge gemacht und ihre Reden geendet hatten, stieg Oswald auf einen Stein, der mitten auf dem Wege lag. Da ward er von jedermann gesehen. Also hob er an zu reden:

„Liebe Mitbürger! Ich bin vor Zeiten als ein Knabe von Euch gegangen in den Krieg, und als Mann wieder zurückgekommen. Aber wie ich in unser Dorf kam, habe ich es kaum wieder gekannt, und mir ist in Wehmut das Herz gebrochen, als ich sah, wie alles verändert worden ist. Denn vor Zeiten hieß unser Dorf mit Recht Goldenthal, weil es ein goldenes Tal war, worin Gottes reicher Segen wohnte, mehr denn anderswo. Es waren bei uns die meisten Leute wohlhabend, nur wenige arm, und Bettler gar keine. Damals pflegte man uns, wegen unseres Wohlstandes, auch noch im ganzen Lande die Herren Goldenthaler zu heißen. Denn wir gingen nicht in zerrissenen Kleidern, wie Bettler, sondern stattlich einher, in sauberm, doch einfachem Gewande; und hatten nicht nur im Hause zur Notdurft, sondern auch einen Gulden darüber hinaus. Damals hatte die Gemeinde keine Schulden zu verzinsen, sondern sie bezog sogar von anderen Orten Zinsen für ausgeliehene Kapitalien, die wir erspart hatten. Damals war alles Land wohl gedüngt und angebaut, denn jeder hatte seine Kuh und sein Roß im Stall, und auch wohl Geißen und Schafe oder ein paar Schweine daneben. Damals glich unser Dorf schon von außen einem zierlichen Marktflecken. Die Häuser standen schön und nett, von innen wie von außen, daß sich kein Herr aus der Stadt hätte schämen dürfen, darin zu wohnen. Haus- und Küchengeräte verkündeten, man sei wohl versorgt, und die Fenster glänzten wie Spiegel. Wenige Leute hatten Schulden, und wer sie hatte, dem war nicht bange, wie er sie bezahlen müsse. Damals bekam ein Goldenthaler ohne Handschrift und Unterpfand aus der Stadt auf sein ehrliches Wort hundert und mehr Gulden geborgt. Damals war für Goldenthal noch eine goldene Zeit!"

Wie Oswald so redete, nickten ihm alle freundlichen Beifall und einige sagten: „Der Oswald hat wohl recht!"

Er aber redete weiter und sprach: „Nun ist es nicht mehr so. Man sollte unser Dorf nicht mehr Goldenthal nennen, sondern Kot- und Dreck-, Dornen- und Disteltal. Von unseren Aeckern ist meistens der Segen verschwunden; denn die einen von uns haben zu viel Land, die anderen gar keines; die übrigen können es nicht in Ordnung anbauen und benutzen. Die Bettelei ist von vielen nicht mehr für Schmach gehalten, sondern für einen ordentlichen Beruf und Erwerb angesehen. Die meisten Haushaltungen sind verschuldet, und eine um die andere sieht den Tag vor, da ihr alles versteigert und sie ausgetrieben werden muß. Die Schuldboten verlassen unser Dorf nie. Mit den benachbarten Orten haben wir Zank und Prozeß, und unter uns selbst Feindschaft und Parteien. Wir haben noch den alten Hochmut, aber nicht mehr das alte Geld; auf den Straßen Kot und in den Häusern Unflat und Gestank, den meisten Unflat aber im Herzen. Denn hier versteht sich fast jedermann bessers aufs Saufen, als aufs Arbeiten; besser aufs Borgen, als aufs Bezahlen; besser aufs Prellen und Stehlen, als aufs Geben; besser auf Hinterlist, als auf Wahrheit. Wenn das so fortgeht, müssen wir in Elend und Schande alle untergehen. Schon haben wir zu Stadt und Land keinen Kredit mehr, und wenn man jemand einen Lumpen heißen will, so sagt man: er ist ein Goldenthaler!"

Bei diesen Worten des Oswald erhob sich ein großes Gemurmel und Drängen im Volk, und jeder sah den Oswald mit finsteren Blicken an; also, daß des Müllers Elsbeth in große Furcht geriet. Denn sie stand auf einer Bank am Hause und verwandte kein Auge vom Oswald, der ihr von Herzen lieb war.

Oswald ließ sich jedoch von dem Gemurre und Gesurre nicht schrecken, sondern fuhr also fort:

„Liebe Mitbürger, wenn noch ein Tropfen redlichen und frommen Bluts in Euren Adern wallt, so schlaget Hand in Hand und sprechet: es soll und muß anders werden! Woher kommt unser Verderben? Dahinten her kommt es aus den Wirtshäusern. Da sind Eure Ländereien in die Wein- und Bierfässer gefallen, und eure Kühe von den Spielkarten erschlagen. Da habt Ihr das Sparen verlernt und das Arbeiten vergessen. Armut macht Diebsmut, und Müßiggang ist des Teufels Ruhebank. Das Geld Eurer Väter ist verzehrt, und ihre Sonntagsröcke traget Ihr mit Löchern in den Aermeln. Habt Ihr ein paar Kreuzer im Sack, trinket Ihr lustig, und Weib und Kind daheim hungern. Was soll daraus werden? — Ich frage die Vorgesetzten! Wo ist das Vermögen der Gemeinde, und wie habt Ihr hausgehalten mit der Hinterlassenschaft unserer Vorfahren? Warum leget Ihr keine treue Rechnung ab, und gebet nicht aufrichtigen Rat, wie zu helfen sei? Warum schmauset Ihr lieber auf Gemeindeunkosten, statt der Gemeinde Gut zu sparen? Warum verschließt Ihr nicht die Wirtshäuser, und öffnet dafür Abzugsgraben für das Wasser im versumpften Gemeindeland oder bessert unsere halsbrechenden Dorfwege aus? Warum machet Ihr's den Leuten so leicht, wenn sie Geld borgen wollen, und machet es ihnen so schwer, wenn sie sich vor dem Bettelstab retten möchten?"

Wie Oswald so redete, schrien einige der Vorgesetzten: „Schweig, Du Landstreicher und Taugenichts, oder wir schicken Dich bei Wasser und Brot in den Turm, achtundvierzig Stunden lang!" — Und die ganze Gemeinde brüllte: „Schweig! Schweig!"

Aber Oswald erwiderte: „Ihr habet Macht, mich in den Turm zu werfen, aber ich habe Macht, Euch vor die hohe Landesregierung zu rufen. Wenn ich da Eure Wirtschaft aufdecke, wird Euch übler zu Mut sein, als mir bei Wasser und Brot ist. Ihr alle aber, Mitbürger, beweiset mir, daß ich falsch rede oder lästere. Fraget Eure Gewissen, ob Ihr reicher oder ärmer geworden seid; ob Treu und Glauben noch unter uns gelten; ob Gottesfurcht und Menschenliebe unter uns herrschen, oder hartherziger Eigennutz, Wucher, Lüderlichkeit, Hinterlist, Tücke, Meineid und falsches Wesen? Und wenn Euer Gewissen keine Zunge hat, so schauet Eure zerfallenen Häuser und Ställe, Eure verwilderten Felder und Gärten, Eure leeren Geldbeutel und Truhen, Eure zerrissenen Kleider und Hemden an; die sind meine Zeugen wider Euch. Schauet Eure armen verwahrlosten Kinder an, sie sind meine Zeugen wider Euch. Ihr habet mehr Sorgfalt für Eure Kühe, Säue und Ziegen, als für Eure Kinder; und Kühe, Säue und Ziegen sind Euch nicht so lieb, als Euch Schwelgerei und Spiel, Fraß und Sauf sind."

Oswald wollte noch mehr sagen; aber sie stießen ihn mit mörderischem Gebrüll vom Stein, und ließen ihn nicht mehr reden. Einige wollten die Hand an ihn legen; aber er ergriff sie mit gewaltiger Faust und schleuderte sie gegen die anderen, daß sie mit den Köpfen zusammenschlugen. Er nahm einen gewaltigen Stecken und drohte den ersten zu Boden zu schlagen, der sich nähern würde. Das Geschrei gegen ihn ward immer lauter und wilder. Einige hoben Steine auf. Oswald ging beherzt mit geschwungenem Prügel gegen den dicken Haufen, und mitten durch denselben nach Hause. Er wusch sich, verband seine verwundete Stirn und war ruhig.

Da kam, blaß wie der Tod, mit verweinten Augen, Elsbeth und fragte: „Oswald, wie geht's Dir?" Und sie konnte vor Wehmut nichts mehr sagen, und er tröstete sie und drückte sie gerührt an sein Herz.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041123-13/fragment/page=0002

Ladung geborgen werden, während der Dampfer selbst wohl verloren sein wird.

Am Typhus sind nach der letzten Verlustliste aus Südwestafrika gestorben: die Reiter Garzelitz und Reichel, sowie der Unteroffizier Hermann (früher Husarenregiment Nr. 12, Torgau). — Durch einen Schuß in die Hand verwundet wurde der Unteroffizier Gnäbel.

Dieser Verlustliste ist dann gleich eine andere gefolgt mit folgenden Todesfällen:

An Typhus starben die Gefreiten Specht, Goller und Bruns, die Reiter Reseck und Vogt und der Sergeant Kiesel. — An Herzschwäche starb der Reiter Ehmke, an Darmblutung der Reiter Woith. Gefallen ist der Gefreite Steiner und vermißt wird der Reiter Brachmann.

Und nach einer allerneuesten Verlustliste starben die Reiter Roche, Becker und Bablias am Typhus.

Die zahlreichen Todesfälle beweisen, daß die offiziösen Beschwichtigungsnachrichten über den Rückgang der Typhusepidemie nicht ernst zu nehmen sind.

Soldatenselbstmord. In Hanau hat sich der Ulan Glock vom Ulanenregiment Nr. 6 auf einer Mannschaftsstube erschossen.

Ausland.

Oestreich. Eine Ehrenbeleidigungsklage gegen die Wiener Arbeiterzeitung. Nach dem B. T. brachte der Abgeordnete Graf Sternberg eine Ehrenbeleidigungsklage gegen die Wiener Arbeiterzeitung ein, weil dieselbe behauptete, Sternberg habe den Landesverteidigungsminister Baron Welsersheimb nur deshalb angegriffen, weil er (Sternberg) als österreichischer Offizier wegen nichtbezahlter Spielschulden kassiert worden sei.

Ungarn. Die Gewalttat Tiszas ist gelungen; der ungarische Reichstag hat die Abänderung der Geschäftsordnung, wodurch die Opposition um ihre Rechte gebracht wird, angenommen. Das Haus hielt zwei Sitzungen ab, zum ersten Male, seitdem es einen ungarischen Reichstag gibt. In der Abendsitzung, die von ½6 bis 10 Uhr währte, ergriff Tisza nochmals das Wort, um den beabsichtigten Staatsstreich abermals zu begründen. Dann ließ der Präsident unter tosendem Lärm der Linken die Abstimmung vornehmen. Die Mehrheit versteht kaum die Frage des Präsidenten, erhebt sich aber auf Zeichen und auf diese Weise ist der Rechtsbruch gelungen. Der Lärm steigert sich bis ins ungeheure, und die Linke stürmt den Präsidententisch, und unten im Saale kommt es zu einem Handgemenge. Hierauf wird die Session vertagt. Tisza glaubt durch diese Maßnahme die Opposition beschwichtigen, den Widerstand einschläfern zu können. Darin dürfte er sich aber gewaltig getäuscht haben. Es ist nicht zu erwarten, daß die Opposition sich diese Vergewaltigung gefallen lassen wird. Nach Schluß der Sitzung versammelten sich sämtliche Mitglieder der oppositionellen Parteien und schlossen eine Koalition. Beim Wiederzusammentritt des Reichstages sind demnach erneute heftige Kämpfe zu erwarten.

Belgien. Ein Klassenparlament in vollendetster Form ist auch das belgische Oberhaus, der Senat. Am Sonnabend wurde dort über die Giltigkeit der Wahl unseres Genossen Eibers, der in einer Brüsseler Vorstadt mit großer Majorität in den Senat gewählt worden war, verhandelt. Nach dem Gesetz ist in den Senat nur wählbar, wer eine direkte Steuer von 1200 Frk. bezahlt. Eibers ist ein Arbeiter und hat keinerlei Vermögen; trotzdem hatten ihn seine Genossen als Protest gegen das senatorielle Wahlsystem gewählt. Eibers verteidigte in glänzender Rede seine Wahl, wobei er den Vertretern der Bourgeoisklasse derbe Wahrheiten sagte: Sie stehen im Begriff, meine Wahl für ungiltig zu erklären, trotzdem ich das Vertrauen der überwiegenden Mehrheit meines Kreises besitze, nur weil ich ein Arbeiter bin, dem nichts weiter vorzuwerfen ist, als seine Armut, und an meine Stelle tritt mein Gegner, der nicht gewählt ist, der aber das Glück hat, von seinen Eltern ein großes Vermögen und Besitzungen zu erben. Eibers schloß: Ich habe die Gewißheit, daß mein Ausschluß aus diesem Klassenparlament mehr Propaganda zu gunsten der Beseitigung Eurer Privilegien machen wird, als durch tausend sozialistische Versammlungen erreicht werden könnte. Die klerikale Majorität des Senats schloß in der Tat den Arbeiter aus und an seine Stelle setzt sich nun der begüterte Bourgeois.

Norwegen. Abfuhr eines Ministers durch einen sozialdemokratischen Pastor. Im Laufe der verflossenen Woche fand im Storthing eine große Debatte über den Budgetvorschlag statt, die ungefähr drei Tage in Anspruch nahm. Es wurden scharfe Angriffe gegen die neue Regierung und ihre Finanzpläne gerichtet, die unter anderem den Finanzminister Michelsen veranlaßten, die Kabinettsfrage zu stellen. Der Staatsminister Hagerup aber suchte die Regierung mit Gegenangriffen gegen die Sozialisten und „Halbsozialisten" zu verteidigen. Er bemerkte unter anderem:

„Die reinen Sozialisten sind eigentlich nicht so gefährlich. Die Masse von Utopisten hat keine Aussicht, Eingang beim Volke zu finden, doch schaffen sie viel Uebles dadurch, daß sie zum Klassenkampf und Klassenhaß reizen. Darum ist es geradezu entsetzlich, daß wir nun beobachten müssen, wie Männer, deren Lebensaufgabe es ist, das Evangelium der Liebe und des Friedens zu erläutern, Führer sind bei Ausbreitung des Klassenhasses." — Auf diese Redewendungen antwortete unser Parteigenosse Erksen, der bekanntlich evangelischer Pfarrer ist:

„Dem Staatsminister hat es sehr wenig gefallen, daß der Klassenkampf auch von mir geführt wird, der ich das Evangelium des Friedens zu verkünden habe. Ich kenne die Lehre, Herr Präsident, daß die Geistlichen diejenigen segnen sollen, die die Macht in der Gesellschaft in Händen haben, daß man das Christentum als Schirm des Bestehenden gebrauchen soll, daß die Geistlichen die Armen damit trösten sollen, daß sie sagen, es sei Gottes Wille, daß ihre Verhältnisse so sind wie sie sind, und daß sie genügsam und zufrieden sein sollten. Das haben die Geistlichen bisher getan, und es ist begreiflich, wenn es Aergernis bei den Konservativen erregte, daß einer damit bricht und nicht mehr mitmachen will. — Ich gelobe, gleichwie ein dänischer Sozialdemokrat einmal sagte, daß meine Hand beständig gegen die lumpigste aller Politik gerichtet sein soll, die darin besteht, daß man sich zusammenrottet, um den Fuß auf den Nacken derer zu setzen, die am schlechtesten gestellt sind." — Uebrigens machte unser Parteigenosse den Minister auch darauf aufmerksam, daß eine Partei, die es wie die Norwegische Arbeiterpartei innerhalb dreier Jahre von 7000 auf 30 000 Stimmen gebracht hat, keineswegs so ungefährlich sein kann, wenngleich sie nicht, wie Hagerup meinte, „auf eine Katastrophe wartet", sondern den parlamentarischen Weg wählt. —

England. Die Resultate der englischen Munizipalwahlen gibt der Labour Leader nach den jetzt vorliegenden genaueren Mitteilungen wie folgt wieder: Die Gewerkschaften, die Unabhängige Arbeiterpartei und die sozialdemokratische Föderation hatten insgesamt 255 Kandidaten aufgestellt. Davon wurden zusammen 95 gewählt; der Gewinn betrug 56 Sitze, wogegen nur 4 frühere Sitze verloren gingen.

Rußland. Studenten- und Arbeiterdemonstrationen, die in den letzten Tagen stattgefunden haben, werden aus Kasan und Charkow gemeldet.

— In Warschau sind neuerdings 235 junge Leute verhaftet worden. Die Opfer der letzten Straßenkämpfe sind in aller Stille beerdigt worden.

Kriegsgericht der 8. Division.

Halle, 21. November.

Zur See gehen wollte der Füsilier August Tham von der 11. Kompagnie des Inf.-Regts. Nr. 36 von hier, der wegen Fahnenflucht und Diebstahls angeklagt war. Der Angeklagte stammt aus Merseburg, er ist von Beruf Knecht, am 3. Mai 1904 als unsicherer Dienstpflichtiger eingezogen und u. a. bereits wegen unerlaubter Entfernung mit 7 Tagen Mittelarrest vorbestraft. Seine Führung wurde als schlecht bezeichnet. Da bei der Einstellung des Angeklagten die Rekruten schon ausgebildet waren, mußte er von Uebungen in größeren Verbänden zurückgelassen und allein einexerziert werden. Dies gefiel ihm nicht; er sagte, der Dienst sei ihm zu langweilig, und faßte den Entschluß, zur See zu gehen, da er früher schon einmal Seefahrer gewesen war. Um leichter wegkommen zu können, wandte er sich brieflich an einen Signor Hertier in Pulzfeld bei Würzburg. Am 9. August, als Tham Kammerarbeiten zu verrichten hatte, öffnete er den Spind seines Nachbarn, des Füsiliers Schweinert, nahm daraus eine Extrahose und eine Taschenuhr, sowie aus einem Verschlage des Unteroffiziers Schelbe ein Paar Stiefeletten. Dann verließ er, mit einer Drillichjacke bekleidet, die Kaserne. Er ging zunächst die Dessauerstraße entlang über Möglich nach Oppin und nahm einem Feldarbeiter einen am Wege liegenden Hut weg. Nachts gegen 1 Uhr tauchte der Angeklagte in Merseburg auf. Er nächtigte im Freien, ging am 10. August nach Weißenfels, wo er von einem Wagen ein Jackett entwendete. Schließlich nahm er einem Arbeiter noch einige Kleinigkeiten weg. In Merseburg versetzte er die gestohlene Uhr, und am 15. August wurde er von den Polizisten Sachse in Merseburg festgenommen und zu seinem Truppenteil zurückgebracht. Der Angeklagte behauptete, er wäre so wie so wiedergekommen und bestritt, sich der Fahnenflucht schuldig gemacht zu haben. Er wurde aber der ihm zur Last gelegten Straftaten für überführt erklärt und wegen Fahnenflucht und Diebstahls zu 2 Jahren 9 Monaten Gefängnis, 2 Jahren Ehrverlust und Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurteilt. Ein Monat Strafe wurde auf die erlittene Haft in Abrechnung gebracht. Der Angeklagte fühlt sich zu hart bestraft und will gegen das Urteil Berufung einlegen.

Leichtsinn führte den Musketier Otto Baer von der 8. Kompagnie des Inf.-Regts. Nr. 72 in Torgau wegen Unterschlagung und unerlaubter Entfernung vor das Kriegsgericht. Der Angeklagte, der sich nicht gut geführt haben soll, erhielt am Abend des 23. September von seinem Vize-Feldwebel den Auftrag, für 3 Mk. Lebensmittel zu holen. Mit diesem Betrage brannte der Angeklagte durch, um von seiner Tante, nach der er große Sehnsucht gehabt, Geld zu bekommen. Nachdem Baer drei Nächte in einem Strohdiemen zugebracht hatte, ging er am Abend des 26. September durch den hinteren Kasernenhof in die Kaserne zurück. Seine Kameraden schliefen, sein Spind war ausgeräumt und sein Bett war belegt. Unter diesen Umständen kam er erneut auf den Gedanken, die Kaserne wieder zu verlassen. Er nahm deshalb des Musketiers Fötsch vierten Rock, Beinkleid, Mütze, Koppel und Seitengewehr, bekleidete sich damit und verließ wiederum die Kaserne. Seinen Drillichanzug ließ er zurück. Eine Taschenuhr, die sich in dem Beinkleide befand, will der Angeklagte in der Aufregung versehentlich mitgenommen haben. Dies wurde ihm auch geglaubt. Baer fuhr dann nach Roßlau zu seiner Tante, wo er zu Mittag aß und dann nach Rieck zu seiner Großmutter, die ein Restaurant besitzt. Dort wurde der Angeklagte am 30. September durch einen Fußjäger, dem er verdächtig erschien, festgenommen und zunächst nach Dessau gebracht, wo er seinem Truppenteil wieder zugeführt wurde. Der Angeklagte räumte die ihm zur Last gelegten Straftaten ein und wurde zu 4 Wochen strengem Arrest und Versetzung in die 2. Klasse des Soldatenstandes verurteilt.

Gerichtssaal.

Schwurgericht.

Halle, 21. November.

Sittlichkeitsverbrechen.

Unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Enke begann heute die sechste und letzte diesjährige Schwurgerichtsperiode. Zuerst wurde verhandelt gegen den 19jährigen Dienstknecht Paul Haft von Belleben, der beschuldigt wurde, am 12. Juli versucht zu haben, ein 11jähriges Mädchen zu vergewaltigen. Da sich der junge Mensch bisher gut geführt hat und noch nicht vorbestraft ist, wurden ihm von den Geschworenen mildernde Umstände zugebilligt. Beantragt wurde 1 Jahr Gefängnis. Das Urteil lautete auf 9 Monate solcher Strafe und der Angeklagte wurde aus der Haft entlassen. Die Verhandlung war nicht öffentlich.

Ebenfalls unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde verhandelt gegen den 20jährigen Dienstknecht Paul Theuerkorn aus Rabutz bei Grübers. Der Angeklagte sollte am 21. August dieses Jahres ein jugendliches Dienstmädchen gelegentlich eines Tanzvergnügens abends hinter einen Gasthof geschleppt und versucht haben, dasselbe dort zu vergewaltigen. Als die Angefallene Hilfe schrie, soll er ihr den Mund zugehalten haben. Auch in diesem Falle werden mildernde Umstände zugebilligt. Beantragt wurden 9 Monate und erkannt wurde auf 7 Monate Gefängnis.

Strafkammer.

Halle, 19. November.

Kleine Chronik. Der Ziegeleiarbeiter Otto Emerich aus Löbnitz hat in der Nacht vom 18. zum 19. September wegen eines Streites mit einem Mädchen einen Kupferschmied von hinten mit einem Gehstocke über den Kopf geschlagen. Er wurde deshalb zu 20 M. Geldstrafe event. 4 Tagen Gefängnis verurteilt. — Wegen Beleidigung des Brückenpächters Birnstiel erhielt der Arbeiter Krause 6 M. Geldstrafe. — Der Former Otto Kleeblatt von Diemitz, der in einer Nacht Spektakel machte und einen Fleischermeister Schwartenkopf nannte, wurde wegen Uebertretung und Beleidigung zu 23 M. Geldstrafe verurteilt. — Ein 16jähriger Arbeitsbursche, der einem Arbeiter einen Pfandschein, 4 M. wert, und einem Knaben ein Paar Fußballschuhe entwendet hatte, wurde zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt, und ein Arbeiter, der 20 Pfund Gerste entwendet hatte, soll dafür einen Tag Gefängnis abmachen.

Verantwortlicher Redakteur Adolf Thiele in Halle.

Unser

Weihnachts-Verkauf

zu aussergewöhnlich billigen Preisen

hat begonnen.

Besichtigung unserer grossen sehenswerten Geschäftsräume und der ausgelegten, mit deutlichen Preisen versehenen Waren ohne jeden Kaufzwang gern gestattet.

Brummer & Benjamin.

Geschäftshaus für Damen- und Kinder-Konfektion, Kleiderstoffe, Leinen- und Baumwollwaren, Gardinen, Portièren, Teppiche, Weisswaren Wollwaren, Kurzwaren, Besatzartikel u. dergl.

22/23 Grosse Ulrichstrasse 22/23.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041123-13/fragment/page=0003

Halle a. S. **C. F. Ritter,** Leipzigerstrasse 89, 90, 91.

Grossartige

Spielwaren-Ausstellung.

Kein Kaufzwang. **Besuch höflichst erbeten.**

Notiz! Die Firma **C. F. Ritter** hat ihre Geschäftsräume bedeutend vergrössert und speziell der Spielwaren-Abteilung umfangreiche Lokalitäten in den oberen Etagen angewiesen. Die Reichhaltigkeit des Lagers und die Menge der ausgestellten Waren ist konkurrenzlos. Die Firma veranstaltet keine Ausnahmetage, sondern verkauft an jedem Tage des Jahres zu den bekannt billigen Preisen. Die billige Preisstellung wird ermöglicht durch das Engrosgeschäft der Firma und durch den gemeinschaftlichen Einkauf vieler Artikel mit den grössten Spielwaren-Spezialgeschäften Deutschlands.

Soz. Verein für Halle u. Saalkreis.

Donnerstag den 24. November abends 8½ Uhr in Schramms Restaurant, Merseburgerstraße 54 (Löst's Hof)

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Erläuterung des Parteiprogramms. Ref.: Genosse **Albrecht.** 2. Diskussion.

In dieser Versammlung haben die Mitglieder des **Südens** insbesondere die Pflicht, zahlreich zu erscheinen. Im übrigen hat jedermann Zutritt.

Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

Für Giebichenstein, Trotha, Seeben und Gutenberg

findet am **Donnerstag den 24. November abends 8½ Uhr** in der **„Sachsenburg"** eine

öffentl. Volksversammlung

statt. Tagesordnung: 1. **Christentum, nationale Ehre und Herero-Krieg.** Referent: Redakteur **Ernst Dämmig.** 2. Diskussion.

Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. **Der Einberufer.**

Arbeiter-Bildungs-Verein zu Halle a. S.

Sonntag den 27. d. M. im Bellevue (Lindenstr.)

Theater-Abend.

Zur Aufführung gelangt die russische Komödie

„Der Revisor" in 5 Aufzügen von Nikolaus Gogol (Deutsch von W. Lange).

Kassenöffnung: 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr. Kindern unter 10 Jahren ist der Zutritt versagt.

☞ Die Pausen werden durch **Zither-Vorträge** und **Gesang** ausgefüllt.

Vortrags-Abend: am 5. Dezember im „Konzerthaus".

Buchführungs-Kursus wird am Freitag den 25. d. M. organisiert; Teilnehmer können sich noch melden am Abend 9½ Uhr im „Konzerthaus".

Zentralverband d. Schmiede Deutschl.

Filiale Halle a. S.

Sonnabend den 26. Nov. abends 8 Uhr in Brunnerts Bellevue

17. Stiftungsfest,

bestehend in **Konzert, Theater, Blumenverlosung und Ball.**

Es ladet freundlichst ein **Das Komitee.**

Konsumver. Vorwärts f. Schkeuditz u. Umg.

E. G. m. b. H.

3. Geschäftsjahr 1903/1904.

Bilanz-Konto.

Aktiva.		Passiva.	
An Warenbestand	12 575.70 M.	Per Anteile der Mitglieder	9 978.84 M.
„ Sparkassen-Konto	12 916.63 „	„ Kreditoren-Konto	2 779.53 „
„ Kassen-Konto	2 859.74 „	„ Reservefonds-Konto	2 355.27 „
„ Inventar-Konto	1 071.65 „	„ Kautions-Konto	1 000.00 „
„ Anteil bei der Großeinkaufs-Gesellschaft in Hamburg	390.45 „	„ Dispositionsfonds-Konto	444.35 „
„ Emballagen-Konto	99.50 „	„ Gewinn- u. Verlust-Konto	13 355.68 „
Summa:	29 913.67 M.	Summa:	29 913.67 M.

Mitglieder-Bewegung.

Bestand am 1. Juli 1903	337	
Im Laufe des Jahres eingetreten	76	413
Ausgeschieden, freiwillig	9	
„ durch Verzug	15	24
Bestand am 1. Juli 1904		389

Das Geschäftsguthaben der Mitglieder betrug am 30. Juni 1904 9 978.84 M.
Die Haftsumme der Mitglieder betrug am 1. Juli 1903 . . . 13 480.00 „
Die Haftsumme vermehrte sich im Jahre 1903/1904 . . . 2 080.00 „
Betrag der Haftsumme am 30. Juni 1904 . . . 15 560.00 M.

Die Verteilung der Dividende (9 742.72 M. = 10%) findet am 4. Dez. im „Lindenhof" von 10 Uhr vormittags bis ½3 Uhr nachmittags statt.

Der Vorstand:

C. Müller. P. Hübler. M. Schulze.

Für den Aufsichtsrat:

O. Eltner, Vors.

Stadt-Theater Halle a. S.

Direktion: **M. Richards.**

Mittwoch den 23. November
69. Abonn.-Vorstell. 1. Viertel.
Beamtenkarten giltig.
Maria Theresia.
Historisches Lustspiel in 4 Akten von Franz v. Schönthan.

Donnerstag den 24. November:
70. Abonnements-Vorst. 2. Viertel.
Beamtenkarten giltig.
Das Rheingold.
Vorabend zum Bühnenfestspiel „Der Ring des Nibelungen" v. R. Wagner.

Neues Theater, Halle a. S.

Mittwoch **4 Uhr nachm.** 60, 40, 20 Pf.
Glück im Winkel.
Ab. 8: **Letzt. Operetten-Gastspiel.**
☞ **Jung-Heidelberg.** ☜

Walhalla-Theater.

Beispiellos. Erfolg

erzielte das

neue weltstädtische Programm.

Pöttingers Damsällskap
schwedisches Damen-Ensemble.

The Original Gautschmidts
mit ihrem Pudel „Wigon"
akrobatische Neuheiten.

The Wichmanns
der neueste Drahtseiltakt m. Motorbetrieb.

Bogdani-Truppe, 9 Damen
Gesangs-, Tanz- u. Verwandlungs-Ensemble.

Martin Vallée
Humorist.

The Brianos
hum. Dressurakt. Affen als Akrobat.

Rheingold-Trio
humoristisches Gesangs-Terzett.

The three Fidardy
Akrobaten in ihrer Originalarbeit.

Elsa Gärtner
Soubrette.

Deutsche Bioscop-Compagnie
die neuesten aktuellen Aufnahmen.

Saalplatz 50 Pf.

inkl. städtischer Billetsteuer.
Tageskasse ab 10 Uhr vormittags geöffnet.

Welt-Panorama.

Gr. Ulrichstr. 61. Geöffn. v. 11–10 Uhr.

Der russisch-japanische Krieg.

Die Schlacht am Jalu. Port Arthur.

☞ Erste Naturaufnahmen. ☜

Hasenfelle kaufen fortwährend **Gebr. Danglowitz, Fischerplan 2.**

Apollo-Theater.

Direktion: **Gustav Poller.**

Durchschlagender Lacherfolg
der großen Burleske
„Halle steht Kopf".

Lachsalve
folgt auf
Lachsalve!

Außerdem: das gr. phänomenale
Pracht-Monstre-Programm
mit den großen Attraktionen:
Erna Koschel,
Br. Finlay,
Walter Steiner,
Ké and Ké,
The Bristons,
Frères Rigo etc.
12! Debüts 12!

Winter-Paletots

Anzüge

nach

Mass

von **25 Mk.** an.

Hosen nach Mass Mk. 6.50 aus modernen, haltbaren

Stoff-Resten und **Kupons**

liefert bei peinlichster Anprobe chik sitzend mit feinsten Zutaten

G. Paul,

Gr. Ulrichstr. 21, I.

× Anzüge ändert, reinigt, büg. u. repar.
× künstl. **Rauchhaus,** Georgstr. 2, II.

Preuss. Hof, Zeitz.

☞ **Sonnabend den 26. November** ☜

Großes Gesangs- u. Instrumental-Konzert

ausgeführt von den dem Ostthüringer Arbeiter-Sängerbunde angehörenden Gesangvereinen **Concordia-Waldhorn** und **Arbeiter-Sängerchor, Zeitz** (zirka 90 Sänger), sowie der vollzähligen **Stadtkapelle.**

Direktion: Herr **Ludwig Hesse.**

Nach dem Konzert: **Ball.**

Anfang Punkt ½9 Uhr. — Es laden ergebenst ein

Die Vorstände. **Wilhelm Schulze,** Gastwirt.

Programms im Vorverkauf à 30 Pfg. sind bei sämtlichen Mitgliedern, in der Buchhandlung v. A. Leopoldt, in den Zigarrengeschäften v. M. Hädrich und A. Kühn zu haben. — Programme an der Kasse 40 Pfg.

Nur Karl Kochs

Nährzwieback

kommt seiner Zusammensetzung und Wirkung nach der Muttermilch gleich, wirkt ernährend und gedeihlich, macht alle Verdauungsstörungen unmöglich; **man gebe daher den Kindern, wenn sie gedeihen sollen, nur**

Karl Kochs Nährzwieback.

Herrenstraße 1.

Zu haben in sämtl. Konsumvereinen.

Danksagung.

Für die liebevolle Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und herzensguten Vaters, des Geschäftsführers

Stanislaus Kassyjusz

sage allen Freunden und Bekannten meinen tiefgefühltesten Dank. Besonders danken möchte ich noch dem Herrn Rabbiner Dr. Fessler für seine tröstenden Worte an der Bahre des Entschlafenen. Auch diejenigen wollen meinen herzlichsten Dank entgegennehmen, welche dem Verstorbenen während seines Lebens in gesunden und kranken Tagen als treue Mitarbeiter und gutberatende Freunde zur Seite standen.

Die trauernde Witwe u. Kind.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Hallischen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041123-13/fragment/page=0004

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 275. Halle a. S., Mittwoch den 23. November 1904. 15. Jahrg.

Halle und Saalkreis.

Halle, 22. November.

Aus dem Stadtverordnetensaale.

Das Oberhaupt unserer Stadt, als das sich Herr Oberbürgermeister Staude selbstbewußt bezeichnete, hat die einfachste Methode ausfindig gemacht, den Stadtverordneten restlos nachzuweisen, daß er in ihren Sitzungen entbehrlich ist. Gestern fehlte er zum dritten Male. Das ist sein gutes Recht; die Städtordnung schreibt ihm nicht vor, jedesmal zu erscheinen. Aber nachdem er seit Jahren nur bei dringenden Abhaltungen gefehlt hat, muß es auffallen, daß er drei Sitzungen hintereinander nicht besucht, obwohl weder das Herrenhaus tagt, noch ein Stadtbaurat anzustellen ist, was im Frühsommer Herrn Staude zu Kreuz- und Querzügen durch Deutschland veranlaßte. Es kann nun nicht behauptet werden, daß das Fehlen des Herrn Staude eine Lücke in die Verhandlungen gerissen hätte, und von diesem Gesichtspunkte aus ist, wie gesagt, seine Taktik des Nichterscheinens von Wert.

Der größte Teil der vierstündigen Sitzung wurde gestern ausgefüllt mit der Beratung des Ortsstatuts über das Kaufmannsgericht. Vorher wurde ohne Debatte beschlossen, daß die Abrechnung über Verwendung der 50 000 M. beim Besuch Wilhelm II. in Halle nicht nur der Kommission vorzulegen ist, sondern von dieser auch Bericht an das Kollegium zu erstatten ist.

Während der mehrstündigen Debatte über das Statut für das Kaufmannsgericht waren die Tribünen gefüllt. Es war unmöglich, eine Umstoßung des undurchsichtigen, unhandlichen und zum Teil widerspruchsvollem Modus zu erreichen, der im Magistratsentwurf vorgesehen ist. Nicht etwa, daß die Mehrheit, welche die wichtigsten Aenderungsanträge ablehnte, von der Vortrefflichkeit der Winterschen Vorlage überzeugt gewesen wäre! Bei weitem nicht. Es wird vielmehr den meisten der Herren nicht zu nahe getreten durch die Behauptung, die Magistratsvorlage sei ihnen ebenso fremd gewesen wie das Wesen der Aenderungsanträge. Sie stimmten auch weniger mit Absicht gegen die Anträge als vielmehr nicht für dieselben. Wären die Aenderungsanträge im Statut niedergelegt gewesen, und das was im Statut steht, wäre als Aenderung beantragt worden, so hätten vermutlich die meisten auch gegen diese Aenderungen gestimmt und wären durch Sitzenbleiben für das eingetreten, was sie gestern durch ihr Sitzenbleiben verwerfen halfen. Die amüsanteste Szene bestand darin, daß Herr Winter einmal die Tafel zu Hilfe nahm, um rechnerisch die Einfachheit seines Wahlsystems nachzuweisen. Als er sich siegesfroh auf seinen Platz gesetzt hatte, mußte er sich sagen lassen, daß das angemalte Beispiel zwar auf den Modus zutreffe, den Stadtv. Thiele beantragt habe, aber nicht auf den Winterschen Modus. Herr Winter schwieg darauf. Er schwieg auch bei einer anderen Gelegenheit, wo er hätte reden sollen. In kurzen Zwischenräumen wurde ihm dreimal die Frage gestellt, ob er wisse, von wem die Abtreibung der Thaliasäle zur Versammlung der Kaufleute und Handlungsgehilfen ausgegangen sei und ob insbesondere er persönlich irgendwie bei der Sache engagiert sei. Herr Winter schwieg; er schwieg zum zweiten, er schwieg zum dritten Male. Bon! Schweigen ist in diesem Falle auch eine Antwort.

Ueber den Verlauf der Statutenberatung gibt der Sitzungsbericht in dieser Nummer zwar nicht lückenlos ausführlichen, aber immerhin genügenden Aufschluß.

Auf der Höhe ihrer Aufgabe standen die Herren Stadtverordneten, als sie den sozialdemokratischen Antrag, den Magistrat zu ersuchen, Notstandsarbeiten vorzubereiten, ablehnten. Stadtv. Krüger begründete den Antrag klar und wirkungsvoll, Herr v. Holly erwiderte, daß der Magistrat bereits in der Richtung des Antrags tätig gewesen sei, er stelle aber die Annahme des Antrags anheim. Nur neun Stadtverordnete erhoben sich für den Antrag. Bei dieser Gelegenheit kam die langsame Fertigstellung der Kanäle in den Hauptgeschäftsstraßen zur Sprache. Stadtbaurat Lammers stellte in Aussicht, daß der leidige Kanalbau auf der Steinstraße vor der Hauptpost noch vor Weihnachten beendet sein werde.

Als es sich darum handelte, ob die Kanalanleihe erst von 19 2 ab amortisiert werden solle, wie es die Stadt wünsche, oder schon vom Jahre nach ihrem Begeben an, wie der Bezirksausschuß vorgeschrieben habe, trat Thiele für das letztere ein. Herr v. Holly war gleicher Meinung, hielt es aber für nötig, die zufällige und seltne Uebereinstimmung durch folgende Worte zu verbrämen: „Ich stimme sonst bei Gott nicht mit den Herren Sozialdemokraten überein; aber in diesem Falle gebe ich ihnen recht.“ In die Heiterkeit, die dieser Verwahrung folgte, stimmten die Sozialdemokraten mit ein, und von ihren Sitzen klang es durch den Saal: „Wir haben schon immer Recht!“ Die Interessen der Hausbesitzer siegten gegen die Koalition Holly-Sozialdemokratie; der Magistratsantrag wurde deshalb abgelehnt.

Abgelehnt wurde schließlich auch der sozialdemokratische Antrag, den Geschäftsbericht des Magistrats in der nächsten Sitzung einer Besprechung zu unterziehen. Die Notwendigkeit einer solchen Besprechung wurde zwar allseitig anerkannt, aber sie soll erfolgen, wenn — wie Herr Gygas sagte — einmal recht, recht wenig Stoff zu Verhandlungen vorliege. Das Schicksal ist unerforschlich; aber die Logik unsrer Stadtväter zweiter Garnitur ist noch viel unerforschlicher.

Das Begräbnis unseres Genossen Kassyjusz

gestaltete sich gestern mittag auf dem israelitischen Friedhofe am Roßplatze zu einer ergreifenden Feier. Erschienen waren außer Familienangehörigen des Verstorbenen die Verwaltung des Allgemeinen Konsumvereins, die Vertreter zahlreicher benachbarter Konsumvereine aus Giebichenstein, Trotha, Ammendorf, Merseburg, Weißenfels, Eilenburg usw. Rabbiner Dr. Feßler hielt eine gedankenreiche, tiefempfundene Rede. Er feierte den Verblichenen als Gatte und Mensch. Aber hoch über vielen anderen habe der Verstorbene gestanden durch seinen rastlosen Drang nach Wahrheit, durch sein Bestreben, der ganzen Menschheit zu nützen. Er sei kein Fürstenkind gewesen und habe keine Krone getragen, aber er sei ein Auserwählter des Geistes gewesen, dem die Krone der Menschlichkeit zufalle. Das „heilige Rußland“ habe ihm zehn Jahre Wohnung gegeben in einer Art, daß der Keim des Todes in ihn gelegt wurde. In Deutschland erst habe der Tote eine sichere Stätte und Raum für sein Wirken erhalten. — Sowohl der Inhalt der Rede als auch ihr oratorischer Schwung machten auf die Trauerversammlung den tiefsten und nachhaltigen Eindruck. Nach kurzen Zeremonien am Grabe fiel dumpf die Erde auf den Sarg, der den sterblichen Leib eines Wackeren barg.

Mögen alle, die Kassyjusz ehren und lieben gelernt haben, sein Vermächtnis darin erblicken, zu arbeiten und zu wirken, wie er gewirkt hat.

„Volksbildung.“

Gestern abend ließ sich der Verein für Volksbildung im kleinen Saale der Kaisersäle einen Vortrag über die Königin Luise halten. Dem Vortrag folgten Deklamationen und Gesänge, „um das Leben und Wirken unserer unvergeßlichen Königin Luise zu schildern“, wie in der ergangenen Einladung so hübsch gesagt ist. Wir meinen, ein Volksbildungsverein hat doch andere Aufgaben, wie die Kultivierung von Hohenzollernlegenden und Erziehung zum Hurrapatriotismus. In dieser Beziehung geschieht in den Schulen wirklich des Guten genug. Daß man jene Geschichtsfälschungen, die tatsächlich mit Bildungsbestrebungen recht wenig zu tun haben, auch den Erwachsenen aktroyieren will, zeigt zur Genüge, daß die von bürgerlichen Ideologen geförderten Volksbildungsvereine nicht das leisten können, was ihr Name verspricht. Die Erwerbung von Bildung und Wissen hängt mit den Klassengegensätzen, welche die bürgerliche Gesellschaftsordnung zeitigen muß, eng zusammen. Und Arbeiter bedürfen der Kenntnis ganz anderer Dinge, als eine Orientierung über das Leben und Wirken einer preußischen Königin.

Aus amtlichen Bekanntmachungen.

Leihamt. Die Versteigerung der verfallenen Pfänder vom Monat August 1903 findet Mittwoch, den 23. November, im Versteigerungslokale statt und wird voraussichtlich 4—5 Tage in Anspruch nehmen. Es kommen an jedem Tage Taschenuhren aller Art, sonstige Gold- und Silbergegenstände, wie Ketten, Ringe, Löffel usw., ferner 1 Trumeau, Betten, Leib- und Bettwäsche, neue und getragene Kleidungsstücke und verschiedene andere Sachen zum Verkauf.

* **Eine Volks-Versammlung** findet in der Sachsenburg in Trotha am Donnerstag abend statt. Genosse Däumig wird über das Thema: Christentum, nationale Ehre und Hererokrieg referieren. Das Lokal steht uns jetzt wieder zur Verfügung, so daß zahlreicher Besuch der Versammlung erwünscht ist.

* **Eine Warnung vor russischen Agenten**, die für russische Werften Schiffs- und Maschinenbauer in Deutschland anzuwerben suchen und die Küstenplätze bereisen, veröffentlicht die Köln. Zeitung. Es handele sich um Vertreter von Privatbetrieben, da die russischen Staatswerften keine deutschen Handwerker einstellen. Das russische Konsulat in Kiel steht dieser Tätigkeit ganz fern. Es wird vor dem Abschluß von Verträgen mit den Werbern gewarnt, da der verpflichtete Arbeiter in Rußland manche Enttäuschungen erlebt.

* **Einen Selbstmordversuch** durch Erhängen machte in der Nacht zum Sonntag ein Arbeiter, der in der Wallstraße wohnhaft ist. Er wurde rechtzeitig abgeschnitten. Vorgenommene Wiederbelebungsversuche war von Erfolg begleitet, trotzdem mußte der Arbeiter in die Klinik aufgenommen werden.

* **Großes Unglück** konnte gestern vormittag 10 Uhr in der an der Brachwitzer Straße belegenen der Firma L. und W. Brömme gehörigen Kiesgrube geschehen. Die Grubenwände stürzten zusammen und schoben das daran haltende Gesichirr samt dem aufladenden Führer Höpfner ca. 2 Meter weg, trotzdem wurde H. noch bis zum Kinn herauf im Kies begraben und bedurfte es längere Zeit, H. frei zu machen. Ein daneben haltendes Gesichirr, dem Maurermeister H. Pfeiffer gehörig, wurde beschädigt, indem davon ein Hinderrad nebst Stemmleiste zerbrochen wurde. Ob Höpfner Schaden davon getragen, konnte nicht festgestellt werden, er wurde aber mit Geschirr nach seiner Wohnung gefahren.

* **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters.** Mittwoch: Maria Theresia. — Am Donnerstag ist die erste diesjährige Aufführung von Richard Wagners Rheingold.

* **Aus dem Bureau des Neuen Theaters.** Für Mittwoch nachmittag 4 Uhr Extravorstellung zu Einheitspreisen von 60, 40 und 20 Pf., in der nochmals Hermann Sudermanns Glück im Winkel zur Aufführung kommt. Abends 8½ aber wird sich das Wiener Operetten-Ensemble mit einer nochmaligen Aufführung der Operette Jung-Heidelberg verabschieden. — Am Donnerstag bleibt das Neue Theater einer Vereinsfestlichkeit wegen geschlossen. — Die nächste (17.) Aufführung von Traumulus findet Sonnabend, den 26., statt.

Aus den Nachbarkreisen.

Sangerhausen. (Eig. Ber.) Gewerkschaftsversammlung. Am Sonnabend, den 19. Nov., sprach der Reichstagsabgeordnete Genosse Baudert-Apolda in einer gut besuchten Versammlung, welche vom hiesigen Gewerkschaftskartell einberufen war, über das Thema: Muß der Arbeiter sich politisch oder gewerkschaftlich organisieren? Redner führte in treffender Weise der Versammlung vor Augen, wie notwendig es ist, sich zu organisieren politisch und gewerkschaftlich. Die Versammlung spendete dem Redner nach seinem 1½stündigen Vortrag reichen Beifall. In der Diskussion sprach Genosse Miehe darüber, daß wohl die Arbeiter immer klagten über wenig Verdienst rc., aber an eine Organisation nicht dächten. Diese Tatenlosigkeit müßten sie abschütteln und die Sache einmal ernst nehmen. Dann rügte Genosse Wörtner das Verhalten der Brauereiarbeiter des Feldschlößchen, die sich ihren Kollegen im Brauereiarbeiter-Verband noch nicht angeschlossen haben. Genosse Kintscher erläuterte die Maßregelungen in der Kyffhäuserhütte in Artern. In dem Schlußworte ermahnte der Genosse Baudert die Kollegen, ihre Frauen auch dahin zu belehren, wie nötig eine Organisation ist. Um ¾12 wurde die Versammlung geschlossen, nachdem man noch ca. 20 Abonnenten für das Volksblatt gewonnen hatte.

Auch von hier können wir mitteilen, daß die 4 Vertreter zur unteren Verwaltungsbehörde zur Versicherungs-Anstalt Sachsen-Anhalt, welche vom hiesigen Gewerkschaftskartell aufgestellt waren, vom Stadtkreis gewählt sind. Es sind die Kollegen Eister, Heimann, Löffler und Gerlach. Es ist dies wieder ein Beweis, wie gut ein derartiges Institut ist, was aber die hiesigen Maurer noch nicht einsehen können.

Weißenfels. (E. Ber.) Russische Zustände. Nachdem erst gestern vom Schöffengericht das Strafmandat gegen den Genossen Schmidt bestätigt worden ist, geht die behördliche Sorgfalt für Parteigenossen schon wieder weiter. Damit der Faden nicht abreißt, hat Genosse Recknagel bereits Vernehmung gehabt; er soll beim Leichenbegängnis des Gen. Kolodieike einen Kranz mit roter Schleife niedergelegt und eine Rede am Grabe gehalten haben. — Ist das russischer Wind?

— Eine vernichtende Niederlage hat sich bei der

Stadt-Theater.

Wiener Blut. Gestern abend wurde im Stadt-Theater Johann Strauß' erfolgreiche Operette Wiener Blut, die im Vorjahre hier ihre Erstaufführung erlebte, zum ersten Male in der neuen Saison wiederholt. Derselbe Anklang, den wir schon früher konstatieren mußten, fand das gefällige Werkchen auch gestern. Die Besetzung der Rollen war fast dieselbe, wie im Vorjahr. Frl. Forescu spielte als Gaston die Pepi Pleininger, die fesche Probiermamsell. Vielleicht war aus diesem Grunde das Haus nahezu ausverkauft. Eine flottere Vertreterin der Rolle läßt sich wohl kaum finden, als Fräulein Forescu. Ihr kommt vorzüglich die ausgezeichnete Beherrschung des Wiener Dialekts zu statten. Die Vorstellung bot auch sonst ein abgerundetes Bild. F.

Neues Theater.

Jung-Heidelberg. Ein Wiener Operetten-Ensemble wird auf Gastspielreisen in Norddeutschland niemals die glänzenden Erfolge aufzuweisen haben, wie an der blauen Donau oder an den Ufern des Rheins. Uns Norddeutschen fehlt jene lustige, ausgelassene Fröhlichkeit, die nicht nach Gründen fragt, die nur um ihrer selbst willen vor Frohsinn und Heiterkeit überschäumt. Wir sind zu steif, zu ernst, und glauben eine Sünde wider uns selbst zu begehen, wenn wir uns ungezwungener Lebensfreude hingeben. Mit einem Wort, es fehlt uns jene Operettenstimmung, die Nationalgut der südlich gelegenen Länder ist. Werden vollends an einem Abend in einer Provinzstadt wie Halle zwei Operetten aufs Programm gesetzt — im Stadttheater gab man gestern Wiener Blut — dann kann man unmöglich verlangen, daß beide Theater vollbesetzt sind. Auch fehlen den räumlichen Verhältnissen im Neuen Theater alle Vorbedingungen, um die leichten, tändelnden Weisen der Operettenmusik voll zur Geltung kommen zu lassen. Das Gastspiel des Wiener Operetten-Ensembles ist meines Erachtens ein Versuch am untauglichen Objekt.

Jung-Heidelberg präsentiert sich uns zudem in einer Bearbeitung, die uns von vornherein mißtrauisch macht. Am Text haben zwei Bühnenschriftsteller gearbeitet, und das ist häufig, wenn auch nicht immer, der erste Schritt zum Mißerfolg. Wir lesen auch im Programm, daß die Musik von Karl Millöcker ist, dem Komponisten des Bettelstudent. Der arme Millöcker! Bereits ein halbes Jahrzehnt ist er tot und hat weder von Alt- noch von Jung-Heidelberg etwas gewußt. Wir bemerken auch sofort, wenn das Orchester einsetzt, daß alle möglichen Töne uns umrauschen, nur nicht Millöckersche. Da die Herren Kreun und Lindau in Jung-Heidelberg darauf verzichtet haben, uns inhaltlich etwas zu bieten, sind wir in der Hauptsache auf den Gesang und die Musik angewiesen. Und da muß ich allerdings konstatieren, daß der „neueste Schlager“ auf dem Gebiete der Operette nichts weiter ist, wie, um im Wiener Dialekt zu reden, a großer Schmarrn. Würde man mir die Auswahl lassen zwischen Jung- und Alt-Heidelberg, ich würde in diesem Falle das Alte vorziehen. Meyer-Försters Schauspiel ist gewiß ein süßlich-seichtes und sentimentales Machwerk, aber man verspürt doch einen würzigen Hauch von romantischer Poesie. In Jung-Heidelberg ist alles modern; ewig biertrinkende Studenten, die nicht einmal den Vorteil der Urwüchsigkeit haben, etwas Soldatenspielerei und schließlich Verlobung einiger Pärchen — das ist Jung-Heidelberg, das uns höchstens Mitleid, geschweige Achtung und Sympathie abringen kann. Doch halt — wir finden auch in Jung-Heidelberg einen Prinzen, sogar den Fürsten selber und eine Erbprinzessin. Auch der verwirrte Kammerdiener wird uns nicht geschenkt. Aber das alles vermag uns nicht auszusöhnen mit den vielen Schwächen des Stückes in gesanglicher und musikalischer Hinsicht.

Wenn trotzdem den Leistungen des Wiener Operetten-Ensembles Anerkennung nicht vorenthalten werden darf, so aus der Erwägung heraus, daß es wenigstens die große Mühe sich gegeben hat, Jung-Heidelberg mit möglichst viel Frische und Lebendigkeit wiederzugeben. Und das ist gelungen. Einige ganz vorzügliche Operettenkräfte, wie die Herren Pagin, Steinberger, Petri, die Damen Franz, Wildner und Augustin sind schon im stande, einer Operette Leben und Bewegung einzuhauchen. Vielleicht ließe sich die Rolle des Studenten von Vogel mit einer anderen Dame besetzen, denn es reizt zu unbändiger Heiterkeit, wenn an die ziemlich kleine und sehr jung aussehende Henni Wildner die Frage gerichtet wird, ob der Leibfuchs von Vogel Reserveoffizier sei.

Das Publikum zollte den eifrigen Bemühungen der Gäste lebhaften Beifall. W.

Kleines Feuilleton.

Der Romanschriftsteller Hans v. Hopfen ist am Sonnabend in Groß-Lichterfelde im Alter von 69 Jahren gestorben. Hopfen war ein geborener Münchener und widmete sich, nachdem er Jura und Geschichte studiert hatte, ausschließlich der Literatur. Bis zum Jahre 1886 gehörte er dem Münchener Dichterkreise an, zu dem die Dichter Geibel, Paul Heyse, Hermann Lingg usw. zählten. In den letzten vier Jahrzehnten lebte er in Berlin. Besonders fruchtbar war er auf dem Gebiete des Romans, hat sich aber auch als Bersdichter und Dramatiker betätigt.

Die Opfer der Wattkisflotte. Fünf von den armen Fischern, die bei der famosen Seeschlacht in der Nordsee verwundet worden sind, liegen noch im Krankenhaus von Hull, ein jedsier in London. Das British Medical Journal läßt es sich nicht nehmen, über das Befinden der Opfer jenes Ereignisses zu berichten, dessen weltgeschichtliche Bedeutung immer noch nicht recht zu ermessen ist. Der eine der Verletzten hat einen Schnitt von etwa 3 Zoll Länge quer über die rechte Seite des Hinterhauptes davongetragen, außerdem eine zweite Wunde an der linken Seite des Halses; beide schienen durch verschiedene Geschosse verursacht zu sein, da zwischen ihnen keine Verbindung ist. Die Wunden wurden noch an Bord des Schiffes genäht. Der zweite Patient von Hull hat eine zerrissene Wunde an der rechten Hüfte, die außen nur 1 Zoll im Durchmesser hat, aber mehrere Zoll tief ist und stark eiterte. Sie wurde mit Röntgen-Strahlen untersucht, wodurch das Vorhandensein eines Granatsplitters festgestellt wurde. Bei der Operation ergab sich, daß auch der Knochen zersplittert war, von dem ein Stück gleichfalls beseitigt werden mußte. Die Verletzung ist danach eine recht ernste, und das Fieber ist von dem Kranken noch nicht gewichen. Von drei anderen Verletzten, die schon am 25. Oktober zur Behandlung kamen, haben sich zwei gut erholt, beim dritten Fall ist gleichfalls eine ernste Komplikation eingetreten. Die ersten beiden hatten Schüsse durch den Vordergrm bezw. durch die Brustwand, der dritte einen in den Rücken erhalten. Beim letzteren haben sich die Anzeichen einer Bauchfellentzündung eingestellt, so daß es noch recht traglich erscheint, ob er am Leben wird erhalten werden können. Jedenfalls wird er einer schweren Operation

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041123-13/fragment/page=0005

am Sonntag stattgefundenen Vertreterwahl der Ortskrankenkasse II die Vorstandsmehrheit geholt. Trotz der wiederholten vertraulichen Besprechungen, zu denen vom Vorstand selbst eingeladen worden war, trotz des ellenlangen, Gift und Galle speienden Eingesandts im Tageblatt, in dem von Lüge und Verleumdung geschrieben und mit dem Staatsanwalt gedroht wurde, war alle Mühe vergebens, alle diese Schmähungen vermochten nicht, Stimmung für fernere Interessen-Verwaltung zu erzeugen. Obwohl der letzte Mann herangeschleppt wurde aus den Kreisen der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, aus den Kreisen der Kaufleute und sonstigen nützlichen Elementen, wurde doch erbarmungslos unsere Liste mit 228 Stimmen gewählt. Auf 189 Stimmen hatten es die Rückschrittler gebracht. Mit dieser Blamage für die betrübten Lohgerber noch nicht genug, trat auch noch das weibliche Geschlecht ins Gewehr, und auch in der zweiten Abteilung bei der Wahl der weiblichen Vertreter wurde die Niederlage vervollständigt, mit 27 Stimmen gegen ganze 12 Stimmen. Dieses Resultat wurde mit großem Beifall und Erheiterung in unseren Reihen aufgenommen. Anders unsere Gegner. Als dies Resultat bekannt war, waren die Macher — von det Janze — mit ihren ermüdeten Schleppern spurlos aus dem Saale verschwunden. Boshafte Vertreter vermuten, daß nun infolge der langen Gesichter der Gegner, die durch den Ausfall der Wahl erzeugt wurden, die Barbierpreise jedenfalls erhöht werden.

Gaumnitz. (Eig. Ber.) Russische Gepflogenheiten hat sich der Gutsbesitzer W. Krug in Gaumnitz zu eigen gemacht. Nicht nur die Dienstboten des K. werden mit allerlei Redensarten bedacht und dank der Gesindeordnung mit Ohrfeigen traktiert, sondern auch andere Personen werden von ihm mit der Hundepeitsche bedroht, selbst wenn es die Nachtpolizei ist. In vorletzter Sonntagsnacht wurde ein Teil der Einwohner durch eine „Heldentat" des vorgenannten Gutsbesitzers, welcher zugleich Kriegervereinsvorstand ist, ergötzt. Derselbe kam früh 3 Uhr in „seekrankem" Zustande nach Hause, wobei er mit den Knechten in Streit geriet, der in Tätlichkeiten ausartete und sich vom Gehöft auf die Straße fortpflanzte. Durch den Krawall wurde eine große Menschenmenge angelockt. Auf der Bildfläche erschien auch der Nachtwächter des Ortes, welcher energisch Ruhe verlangte. Statt der Ruhe trat die Hundepeitsche des Herrn Krug in Aktion, welche auf den Buckel des Nachtwächters kräftig niedersauste. Auch Herr Krug scheint die Meinung zu haben, wenn man Geld hat, kann man sich derartige Sachen schon erlauben; ist man aber ein armer Schlucker, wird man eingesteckt.

Eisleben. (Eig. Ber.) Wegen gewerbsmäßigen unberechtigten Jagens ist am 1. Februar von der Strafkammer des Amtsgerichts in Eisleben der Schumacher Karl Teupel in Ermsleben zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden, nachdem ein früheres Urteil auf seine Revision aufgehoben worden war. Er ist schon viermal wegen Jagdvergehens vorbestraft und hat dann wieder Hasen in Schlingen gefangen. — Seine Revision gegen das neue Urteil ist vom Reichsgerichte als unbegründet verworfen worden.

Kleine Provinzial-Nachrichten.

In Wittenberg ist der Bauführer Langenstraß, welcher am Freitag auf dem Hofe der Schloßkaserne in eine Baugrube stürzte, seinen erheblichen Verletzungen erlegen. — In Eilenburg geriet der Arbeiter Pfohl in der Deutschen Celluloidfabrik so unglücklich mit der rechten Hand in das Walzwerk einer Maschine, daß er schwere Fingerverletzungen davontrug. Der Verunglückte wurde nach Halle in die Klinik gebracht. — In Rudolstadt wurde von dem Sonntag früh ½6 Uhr fälligen Personenzug ein in der Landeszeitung beschäftigter Druckerlehrling, der sich in selbstmörderischer Absicht auf die Schienen gelegt hatte, überfahren. Der Kopf wurde ihm vom Rumpfe getrennt. — In Nordhausen hat sich der Kaufmann Georg Richter aus Lyck in Ostpreußen, welcher in einem Nordhausener Manufakturwarengeschäft in Stellung war, im Bett erschossen. Der Selbstmörder wurde mit einem Schuß in der Brust aufgefunden, der Revolver lag neben ihm.

Stadtverordneten-Sitzung

vom 21. November 1904, nachmittags **4 Uhr.**
Vorsteher: Professor Dittenberger.

Eingänge: Eine Petition der Hausbesitzer in der Schmeerstraße wendet sich gegen eine beabsichtigte bauliche Umänderung im Grundstück des Herrn Voigt. Die Petition wird zurückgelegt. — Gleichfalls zurückgelegt wird die Petition betreffend Lustbarkeitssteuer für Panoramen. — Der Ortsverband der Gewerkvereine verlangt die Errichtung einer Rechtsauskunftsstelle. Die Sache soll vorberaten werden. — Die Petition betreffend Regulierung und Pflasterung der Pfännerhöhe wird auf 4 Wochen zurückgelegt. — Die Petition eines Herrn Dankwarth, betreffend Hinterlegung einer Summe für eine Wasserleitung, wird vertagt. — Bekanntgegeben wird, daß am 6. und 7. Dezember der preußische Städtetag in Berlin stattfindet, der durch Delegierte beschickt werden soll. Die Wahl soll in nächster Sitzung stattfinden.

Zum Punkt 4 des Protokolls über die vorige Sitzung wird ein Antrag des Stadtv. Thiele angenommen, daß die Schlußabrechnung über Verwendung der Mittel zum Kaiserbesuch nicht nur der Kommission zur Prüfung sondern auch zur Berichterstattung ans Kollegium vorzulegen ist.

Die Genehmigung des Ortsstatuts für das Kaufmannsgericht führte nochmals zu interessanten Auseinandersetzungen. Der Referent Stadtv. Hofmeister tritt für Beibehaltung der Fassung des § 14, wie er in voriger Sitzung vorgeschlagen wurde, ein. Stadtv. Probst beantragt, die Vorschlagslisten anstatt von mindestens 40 von 10 Wählern unterzeichnen zu lassen.

Stadtv. Thiele gibt zunächst einen Ueberblick über alle die Umständlichkeiten und Unklarheiten, die § 14 in der vom Magistrat vorgeschlagenen Fassung, die von den Kaufmannsprinzipalen und mehreren — nicht allen — Gehilfenorganisationen gebilligt ist, enthalten sind. Er ersucht dann das Kollegium, die zu stellenden Anträge auf Aenderungen recht objektiv zu prüfen und sie nicht abzulehnen, weil sie „aus dieser Ecke" kommen. Irgend ein persönliches oder parteipolitisches Interesse könne bei den Anträgen nicht in Betracht kommen, sondern sie seien nur der Ueberzeugung entsprungen, daß der vorgeschlagene Wahlmodus höchst unpraktisch und für die Interessenten nachteilig ist. Darauf begründet Redner die einzelnen Aenderungsanträge zu § 14.

a) Der Magistrat verlangt, daß jede Vorschlagsliste von mindestens 40 Wählern unterzeichnet ist. Da später nur 10 Beisitzer jeder Kategorie zu wählen sein werden, würde also das Vierfache der zu Wählenden an Unterschriften verlangt. Dadurch wird das Wahlgeheimnis in ganz unzulässiger Weise durchbrochen. Außerdem wird dadurch kleineren Gruppen die Aufstellung von Vorschlagslisten unmöglich gemacht. Man weiß noch gar nicht, wie stark die Wahlbeteiligung sein wird; es ist leicht möglich, daß auf eine Minoritätsliste überhaupt nicht viel mehr als 40 Stimmen abgegeben werden. Dann wäre durch die 40 Unterschriften für diese Gruppe das Wahlgeheimnis völlig aufgehoben und damit das Gesetz in einer Grundforderung durchbrochen. Da die Unterschriften nur den Zweck haben, daß der Wahlausschuß mit einem der Unterzeichner in Verbindung treten kann, würde eine Unterschrift genügen. Um aber für den Fall der Erkrankung, der örtlichen Abwesenheit usw. Ersatz zu haben, sind mehrere Unterschriften zweckmäßig. Es genügen aber drei, höchstens fünf. Berlin fordert bei 100 zu wählenden Beisitzern nur 21 Unterschriften, also den fünften Teil der zu Wählenden. Bei 20 Beisitzern, die in Halle zu wählen sind, würden dann nur 4 Unterschriften gefordert werden können. — Stadtv. Probst empfiehlt Herabsetzung der Zahl von 40 auf 10. — Stadtv. Steckner will an der 40 festgehalten wissen. — Das Kollegium setzt die Zahl von 40 auf 10 herab.

b. Der Magistrat verlangt, daß die Vorschlagslisten bis spätestens drei Wochen vor der Wahl einzureichen sind. Stadtv. Thiele beantragt die Verlängerung der Einreichefrist um eine Woche. Da die Zeitspanne zwischen Einreichung und Veröffentlichung der Liste nur den Zweck hat, etwaige Korrekturen an der Liste vorzunehmen und dazu acht Tage reichen, ist eine längere Spanne unnötig. — Der Antrag wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

c. Der Magistrat fordert, daß gleich mit jeder Vorschlagsliste die Zustimmungserklärungen der Beisitzer-Kandidaten eingereicht werden müßten. Die Stadtv. Hofmeister und Steckner treten für Aufrechterhaltung dieser Bestimmung ein. Herr Steckner glaubt dadurch „die Feierlichkeit" der Wahl zu erhöhen. Stadtv. Thiele macht darauf aufmerksam, daß eine solche Bestimmung nicht einmal bei den Wahlen zum Reichstag, zum Landtag oder zur Gemeindevertretung gefordert wird, sie auch überflüssig ist, weil bei Aufstellung der Vorschlagslisten die Betreffenden sich schon vergewissern werden, daß ihre Kandidaten die Mandate annehmen. — Gegen die sozialdemokratischen Stimmen wird die Streichung der Bestimmung abgelehnt.

d. Der Magistrat schlägt ein äußerst umständliches Verfahren für den Fall vor, daß der Name eines Beisitzers auf mehreren Listen steht. Demgegenüber beantragt Stadtv. Thiele, der Name solle gelten auf der zuerst eingereichten Liste und den ersten Unterzeichnern der anderen Listen solle aufgegeben werden, einen neuen Kandidaten binnen drei Tagen namhaft zu machen. Geschehe das nicht, so sei entweder der Name auf den betreffenden Listen zu streichen, oder aber er könne ruhig stehen bleiben, und werde der Kandidat bei Verteilung der Mandate mehrfach gewählt, so rücke eben der nächste Kandidat derselben Liste an seine Stelle. — Der Antrag wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt und die komplizierte Magistratsfassung beibehalten.

e. Nach der Vorlage darf eine Vorschlagsliste höchstens so viele Namen enthalten, als Beisitzer zu wählen sind. Da nach § 21 aus den nichtgewählten Kandidaten einer Liste auch die Ersatzmänner entnommen werden sollen und es möglich ist, daß sich alle Prinzipal- oder Gehilfenorganisationen auf eine gemeinsame Liste einigen, deren sämtliche Kandidaten dann gewählt würden, wird beantragt, zuzulassen, daß eine Liste bis zur Hälfte der zu Wählenden mehr Namen soll enthalten dürfen. Da bei Verteilung der Mandate von oben angefangen wird, sei die Hinzufügung von mehr Namen unbedenklich. — Der Antrag wurde gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

§ 15, der von der Wahlhandlung selbst spricht, bleibt unverändert. Anträge zu ihm lagen nicht vor.

§ 16 handelt von der Stimmabgabe. Nach der ursprünglichen Magistratsvorlage sollte es gestattet sein, um „die freie Wahl" zu sichern, daß an den auf den Vorschlagslisten genannten Namen durch Streichungen und Zusätze beliebige Veränderungen sollten vorgenommen werden können. Stadtv. Thiele wies schon in voriger Sitzung auf den Widerspruch hin, daß nach § 16 jeder das Recht habe, für eine beliebige neue Liste zu stimmen, und daß zehn, zwanzig oder dreißig Wähler natürlich das gleiche Recht haben müßten, wie ein einzelner, daß sie also für dieselbe neue Liste stimmen könnten, so daß sie weder an die Einreichungsfrist des § 19, noch an Beibringung der Einwilligungserklärung ihrer Kandidaten, noch an eine der anderen Sperrvorschriften des § 19 gebunden seien und trotzdem Mandate erlangen könnten. Dieser krasse Widerspruch hatte selbst dem Stadtrat Winter eingeleuchtet. Er war deshalb mit den Vorständen der schon erwähnten Korporationen überein gekommen, in § 16 den Satz zu streichen, auf den er noch vor acht Tagen entscheidenden Wert legte. Es soll nicht mehr zulässig sein, irgend welche neue Namen auf den Stimmzettel zu setzen, aber es soll gestattet sein, die Namen der verschiedenen Listen in beliebiger Reihenfolge und Zusammensetzung auf einer Liste zu vereinigen. Vergebens wies Stadtv. Thiele eingehend und dringend darauf hin, daß ein krauses Kuddelmuddel aus dieser Bestimmung entstehen müßte, wenn nicht die Handlungsgehilfen verständiger wären wie das Statut, vergebens legte er klar, daß derartige „Freiheiten", die nur eigensinniger Kurzsichtigkeit Vorschub leisten und dem korporativen Geiste widersprechen, mit dem Grundsatze der Proportionalwahl unvereinbar seien, vergebens führte er an, daß Städte wie Berlin, Charlottenburg, Magdeburg, Plauen, München, Stuttgart, Augsburg, Kannstatt, Würzburg usw. streng am System der gebundenen Listen festhalten, was zugleich die Ermittelung des Wahlergebnisses und die Verteilung der Mandate auf verschiedene Listen ungeheuer vereinfacht. Es wurde auch auf das vom Stadtrat Winter vorgelegte Berechnungsschema verwiesen, das bei Verteilung der Mandante mit bösen Bruchziffern in den fünf verschiedenen Verteilungs-Quotienten hantieren und das ganz unmotiviert eine Eins zur Anzahl der zu verteilenden Mandate fügen muß. Die große Mehrheit nahm die Magistratsvorlage an, für welche die Herren Hofmeister, Probst, Steckner und Stadtrat Winter eintraten. Stadtrat Winter schrieb dabei an die Wandtafel ein äußerst einfaches Exempel. Er mußte sich aber vom Stadtverordneten Thiele sagen lassen, daß diese einfache Berechnung zwar auf dessen Modus zutreffe, aber nicht auf den vom Magistrat vorgeschlagenen, daß vielmehr bei dem letzteren ganz komplizierte, kaum noch verständliche Additionen, Divisionen vorgenommen werden müßten, die zur schlimmsten Konfusion führen würden.

Bedauerlich sei, daß die für Freitag nach den Thaliasälen einberufene Versammlung hintertrieben worden ist. Da behauptet werde, der Wirt sei zu seinem Verhalten vom Rathaus aus angeregt worden, habe Stadtrat Winter ein großes Interesse, hier zu erklären, daß er wenigstens persönlich damit nichts zu tun gehabt habe. **Herr Winter gab auf diese Frage keine Antwort, obwohl die Frage in kurzer Frist dreimal wiederholt wurde.**

Zu **§ 16** wurde nur noch ein Zusatzantrag angenommen, der den Fall vorsieht, daß versehentlich oder absichtlich zwei ineinander gefaltete Stimmzettel abgegeben werden.

Bei **§ 17** erklärte Stadtv. Thiele, daß er nunmehr von einer Begründung seiner zu diesem Paragraphen gestellten Vereinfachungsanträge absehe, da sie nur die Konsequenz der bereits abgelehnten Anträge seien. Er gratuliere den Handlungsgehilfen zu dem Statut, wie es von der Mehrheit des Kollegiums nunmehr beschlossen sei. Darauf wurden § 17 und die folgenden unverändert angenommen.

Bei **§ 64** verlangte Stadtv. Probst Erhöhung der Gerichtsgebühren auf wenigstens 1 Mk. (statt 50 Pf.) mit Ansteigen auf 3 Mk. und mehr. Das sei nötig, um leichtfertigen Klagen vorzubeugen. Stadtv. Krüger trat dem Antrage entschieden entgegen. Es müsse jedem möglichst leicht gemacht werden, zu seinem Rechte zu kommen. — Stadtv. Probst zog darauf seinen Antrag zurück.

Zu **§ 84** beantragte Stadtv. Thiele einen Zusatz, daß die Begutachtung von Anträgen usw. einem Ausschuß übertragen werden müßten, wenn zehn Beisitzer es beantragten. Stadtrat Winter, sowie die Stadtv. Steckner und Hofmeister sprachen dagegen, und gegen die sozialdemokratischen Stimmen wurde der Antrag abgelehnt.

Wie sorgfältig der „Musterentwurf" des Herrn Winter ausgearbeitet ist, bewies u. a. auch folgendes: Nach § 84 soll auf Verlangen die Wahl eines Ausschusses durch Stimmzettel vorgenommen werden, und zwar gesondert von Prinzipalen und Gehilfen. Jeder soll so viele Namen aufschreiben, „wie Ausschußmitglieder zu wählen sind". Stadtv. Thiele machte darauf aufmerksam, daß jeder nur die Hälfte der Gesamtzahl aufschreiben dürfe, die Fassung des Paragraphen also direkt falsch sei. Stadtv. Hofmeister erwiderte, das treffe ja zu, aber es verstände sich ja von selbst, wie der Satz gemeint sei. Stadtv. Thiele entgegnete, wenn Herr Hofmeister es für selbstverständlich halte, daß das Gegenteil von dem getan werde, was das

---

unterworfen werden müssen. Der nach London geschaffte Fischer hat einen mehrfachen Bruch des rechten Oberarms davongetragen, er wird wohl aber geheilt werden. Er empfing neulich einen Besuch von Frederic Treves, dem Leibarzt des Königs.

Wenn auch nicht wahr, so doch gut erfunden. Ueber einen Schildbürgerstreich der russischen Zensurbehörde wird folgendes berichtet: Ein russischer Staatsrat wollte kürzlich seiner Gattin ein Kochbuch schenken. Er bezog ein solches aus Berlin. Das Buch mußte natürlich die Zensurbehörde passieren. Der Zensor prüft den Inhalt mit kritischen Blicken, da plötzlich stößt er auf ein umfangreiches Kapitel, in dem die verschiedenen Arten von „Auflauf" behandelt werden. Eine Anleitung zum Auflauf, jetzt, wo es in Rußland sowieso in allen Schichten der Bevölkerung gärt — das hätte gerade noch gefehlt. Also rasch die Druckerschwärze herbei und — das Kapitel „Auflauf" wurde geschwärzt. Nachdem so das Kochbuch seiner Staatsgefährlichkeit entkleidet war, konnte es ohne Bedenken dem Adressaten übermittelt werden. Der Zensor hatte wieder einmal das Vaterland gerettet.

Ueber die Einwirkung des Alkohols auf den Geisteszustand der Kinder hat vor einiger Zeit Frau Dr. med. Wegscheider-Ziegler in Berlin im Verein für Kinderpsychologie gesprochen. Die Rednerin wies zunächst nach, wie furchtbar der Einfluß der Trunksucht der Eltern bei den Kindern sich geltend macht. Der Arzt des Kinderhospitals in Bern, Jemme, hat mit zehn trunksüchtigen und zehn mäßigen Familien Untersuchungen angestellt und gefunden, daß von den 57 Kindern der trunksüchtigen Eltern 25 schnell, zumeist an Krämpfen starben, 22 nicht normal und nur 10 gesund waren. Weiter schilderte die Rednerin nach den Darstellungen Londoner Aerzte die auf den Alkohol zurückzuführenden Todesfälle im Säuglingsalter, desgleichen die Wirkungen, die bei Kindern der direkte Genuß von Alkohol hervorruft. Krankheiten des Magens, der Leber, und besonders Nervenentzündungen sind die Folgen für den Körper. Kunde in Wien hat Experimente an Kindern vorgenommen. Er teilte 25 Kinder dem Alter nach in fünf Gruppen ein, und gab ihnen guten Wein zu trinken. Nach dessen Genuß lasen die Kinder schneller, doch wurde ihnen die Wiedergabe des Inhalts schwer, ebenso wurden nicht ganz einfache Rechenaufgaben von ihnen zwar schnell, aber falsch ausgerechnet. Beim Turnen wurden sie waghalsig, bis sich schließlich Gereiztheit und Schläfrigkeit einstellte. Diese Resultate lassen sich allerdings auch ohne wissenschaftliche Beobachtung feststellen; sind sie doch jedem bekannt, der Kinder geistige Getränke hat trinken lassen. Aber dennoch ist es ein Verdienst, die Einwirkung des Alkohols auf die Jugend wissenschaftlich festzustellen. Wie immer man sich als Erwachsener geistigen Getränken gegenüber verhalten mag, für Eltern, denen es Ernst ist mit der Erziehung ihrer Kinder, sollte es nur einen Grundsatz geben, nämlich den, geistige Getränke auf jeden Fall von ihnen fernzuhalten.

Eine neue Theorie der Geschlechtsbestimmung. Die Lorbeeren, nach welchen der bekannte Wiener Professor Schenk vergeblich gestrebt hat, die demnach noch zu erringen sind, lassen die Forscher nicht ruhen. Eine Anzahl von Publikationen, welche das Problem der Geschlechtsbestimmung zum Gegenstand haben, sind seit der Veröffentlichung Schenks erschienen, sie haben jedoch einer ernsten Probe nicht standgehalten. Nun ist kürzlich ein rumänischer Gelehrter, Dr. Litkens, mit einer neuen Theorie der Geschlechtsbestimmung aufgetreten, die ihrer Originalität wegen in wissenschaftlichen Kreisen Beachtung gefunden hat und zur Nachprüfung empfohlen wurde. Litkens geht von der Beobachtung aus, daß unter ungünstigen Verhältnissen jeder Organismus bestrebt ist, Individuen hervorzubringen, die möglichst widerstandsfähig und möglichst geeignet im Kampfe ums Dasein sind. Das kann man schon bei den Bakterien wahrnehmen; unter günstigen Verhältnissen vermehren sie sich durch Teilung, unter ungünstigen durch Sporen. Letztere sind aber bekanntlich befähigt, äußeren Schädlichkeiten in hohem Maße zu widerstehen. Auch die Erfahrungen der Tierzüchter werden zur Bestätigung dieses biologischen Grundgesetzes herangezogen. Erschöpfte Tiere, die unter schlechten Ernährungsverhältnissen leben, gebären männliche Tiere. Beim Menschen sollen die Verhältnisse ähnlich gelagert sein, es sollen aber neben den körperlichen Verhältnissen auch die psychischen in Betracht kommen. Litkens führt eine Reihe Familien an, bei welchen jedesmal Knaben geboren wurden, wenn die Eltern unter geistiger Abspannung, Nahrungssorgen, beruflichen Schwierigkeiten, Gemütsbewegungen 2c. lebten; in ruhigen, sorglosen Zeiten dagegen kamen Mädchen zur Welt. Charakteristisch ist, daß alle diejenigen, welche sich mit dem Problem der Geschlechtsbestimmung abmühen, immer wieder auf den Ernährungszustand der Eltern zurückkommen und es unterliegt keinem Zweifel, daß dieser auch eine ganz hervorragende Rolle dabei spielt.

Heim für uneheliche Mütter. Ruth Bré, die Verfasserin der Bücher „Das Recht auf die Mutterschaft" und „Staatskinder oder Mutterrecht", beginnt, ihre Pläne für Mutterschutz und Mutterrecht praktisch durchzuführen, indem sie zunächst den Müttern, deren Kinder Engelmacherinnen in die Hände fallen könnten, zu Hilfe zu kommen sucht. Sie hat für ihre Bestrebungen schon zwei Gutsbesitzer und einen Arzt gewonnen und bittet, nachstehenden Aufruf zu verbreiten: „Uneheliche Mütter aller Stände, die einen Platz in der Welt suchen, wo sie ihre Kinder bei sich haben, selbst pflegen und erziehen können, finden Aufnahme und Beschäftigung jeder Art, zunächst auf dem Lande. Meldungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit, sowie des Alters von Mutter und Kind sind vertrauensvoll an Ruth Bré, Schriftstellerin, Hermsdorf unterm Kynast, Schlesien, zu senden. **Ausgeschlossen sind mit ansteckenden Krankheiten Behaftete."**

Der Herrgott und das Schlüsselloch. „Eine Familie kehrt spät abends nach Hause zurück. Im Eifer, das Haus schnell aufzuschließen, steckte die Tochter den Schlüssel so schief in das Schlüsselloch, daß man weder das Schloß aufschließen, noch den Schlüssel herausziehen konnte; er war fest eingeklemmt; wenn man Gewalt anwendete, lief man Gefahr, den Bart abzubrechen. Vergebens bemühte sich der Vater, den Schlüssel herauszuziehen. Aber ein Gast der Familie, welcher betend vor Gott wandelte, eine Zeuge seines Heilands, sagte ruhig: „Bitte, lassen Sie mich es versuchen!" Während er mit stillem Gebet diese Schwierigkeit vor dem gegenwärtigen HErrn ausbreitete, faßte er den Schlüssel an und schloß die Türe auf. Vor Gott gibt es keine Kleinigkeiten!"

Diese erbauliche Anekdote stammt nicht etwa, wie man vielleicht meinen könnte, aus dem Simplicissimus. Wir fanden sie vielmehr in einem jener religiösen Flugblätter, die unter dem Titel: Zeugnisse eines alten Soldaten an seine Kameraden, gegenwärtig auf den Straßen des sündigen Berlins verteilt werden. Das Auffinden des Schlüssellochs begegnet bekanntlich in der Tat bei später nächtiger Heimkehr nicht selten unverhofften Schwierigkeiten, und es ist nicht zu leugnen, daß dieser Augenblick zu Bekehrsversuchen an irrenden Menschenseelen als besonders geeignet erscheint. Wir zweifeln nicht daran, daß das erprobte Mittel des alten Soldaten sowohl von seinen Kameraden als auch vom staatserhaltenden Bürgerstande insonderheit auf dem schwierigen Rückwege von Kaisergeburtstags- und Sedanfesten hinführo regelmäßige Anwendung finden wird.

Der Verfasser des Traktätchens ist übrigens Exzellenz v. Biebahn, preußischer Generalleutnant z. D. Man ersieht daraus, daß geistvolle Männer mit kräftigem Gottvertrauen es in der Armee noch immer weit bringen können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041123-13/fragment/page=0006

Statut vorschreibe, dann erübrige sich allerdings jede weitere Debatte.

In der Gesamtabstimmung wurde der Entwurf mit den beschlossenen kleinen Aenderungen gegen die sozialdemokratischen Stimmen angenommen.

Notstandsarbeiten.

Der Antrag: Die Versammlung wolle beschließen, Magistrat zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, um im bevorstehenden Winter die **Beschäftigung arbeitsloser Personen städtischerseits zu ermöglichen**, wurde vom Stadtv. Krüger begründet. Redner weist darauf hin, daß man schon in früheren Jahren Vorsorge getroffen habe, Arbeitsgelegenheit für Arbeitslose im Winter zu schaffen und Not und Elend zu lindern. An den Expeditionen vor den Tageszeitungen könne man jetzt besonders die Arbeitslosigkeit wahrnehmen. Im vorigen Jahre konnte Baurat Genzmer bei Anregung der Angelegenheit bereits erklären, es sei Vorsorge für Arbeitsgelegenheit getroffen. In diesem Jahre sei die Anregung um so notwendiger, da im Bauamt ein Personenwechsel stattgefunden habe. Daß die noch vorliegenden Kanal- und Erdarbeiten genügen werden, sei zweifelhaft. Besser wäre es allerdings, wenn man auf die Notstandsarbeiten gänzlich verzichten könnte und wenn die Arbeiter ihrem Berufe, in dem sie beschäftigt waren, treu bleiben könnten. Redner ersucht jedoch, möglichst früh Vorsorge zu treffen, da man nicht wissen könne, in wie hohem Maße die Arbeitsgelegenheit noch nachlasse, und in den Krankenkassenstatistiken ein Niedergehen schon bemerkbar sei. Durch Beschäftigung für die in Not Geratenen werde der Armenetat entlastet. In Anerkennung der moralischen Verpflichtung der jeweiligen maßgebenden Faktoren in einem geordneten Staat, für die Existenzmöglichkeit aller Mitglieder des Gemeinwesens zu sorgen, bitte er um Annahme des Antrags.

Bürgermeister v. Holly entgegnet, bereits bevor der Antrag erschienen, habe sich der Magistrat mit der Sache beschäftigt und Vorsorge für die Beschäftigung Arbeitsloser getroffen. Wirklicher Notstand sei bei dem jetzigen günstigen Wetter eigentlich noch nicht vorhanden. Bis Weihnachten, sogar bis über Weihnachten hinaus sind Kanal- Pflaster- und andere Arbeiten vorhanden, und der Magistrat habe den Stadtbaurat Lommers bereits ersucht, weitere Vorsorge zu treffen. Also das Kollegium möge die Sache nur vertrauensvoll in die Hände des Magistrats legen.

Stadtv. Krüger bemerkt, auf die in Aussicht genommenen Pflasterarbeiten möge man sich nicht zu sehr verlassen; denn Herr Stephan habe früher mehrfach gesagt: „Was sollen wir denn im Winter Pflasterarbeiten vornehmen wo alles gefroren ist." Wenn sich auch Herr Stadtbaurat Lommers Mühe geben wird, weitere Arbeitsgelegenheit zu schaffen, so könne man doch den Antrag annehmen.

Stadtv. Thiele bringt bei dieser Gelegenheit zur Sprache, ihm sei von Arbeitern zu Ohren gekommen, daß ein Unternehmer bei den städtischen Kanalisationsarbeiten den Arbeitern die vollen Invaliditäts- und Krankenversicherungsbeiträge abziehe. Der zuständige Dezernent im Magistratskollegium möge die Sache untersuchen. Zu wünschen sei, daß die Kanalarbeiten schneller fortschritten, namentlich auf den belebten Geschäftsstraßen. Vielleicht seien Wechselschichten möglich.

Bürgermeister v. Holly verspricht, die vom Stadtverordneten Thiele vorgebrachte Beschwerde untersuchen zu wollen. Es sei sonst nicht zu glauben, daß ein Unternehmer so gegen das Gesetz handle. — Stadtbaurat Lommers erklärt die Anregung des Stadtv. Thiele, die Kanalarbeiten, zu beschleunigen für berechtigt. Mit Nachtschichten werde sich aber da nichts anfangen lassen; es werden aber so viel wie möglich Arbeiter eingestellt werden, um die Arbeit beim Hauptpostamt noch vor Weihnachten beendigen zu können. — Stadtv. Grote ersucht, ohne Beweis einen Unternehmer nicht zu beschuldigen, er habe bei Verrechnung der Beiträge für Invaliden- und Krankenkassenversicherung gesetzwidrig verfahren. Schon wegen der angedrohten hohen Strafe riskiere dies wohl heutzutage kein Unternehmer mehr. — Stadtv. Krüger entgegnet, daß kein Unternehmer in diesem Punkte gesetzwidrig verfahre, das sollte Herr Grote lieber nicht so mit Nachdruck betonen. Erst im vergangenen Sommer sei ihm ein Fall bekannt geworden, wo ein Unternehmer sträflich gehandelt hatte. — Stadtrat Walger ersucht, ihm derartige Beschwerden sofort mitzuteilen; dann würden die Dinge schnell untersucht und erledigt werden. — Stadtv. Thiele: Ich habe aus besonderen Gründen die mir vorgetragene Beschwerde hier zur Sprache gebracht, weil auch sonst bei den Kanalarbeiten die Behandlung der Arbeiter nicht ist, wie sie sein soll.

Die Versammlung lehnt den sozialdemokratischen Antrag auf Vorbereitung von Notstandsarbeiten ab, da der Magistrat dem Wunsche bereits Rechnung getragen habe.

Für den Antrag stimmten außer den fünf Sozialdemokraten nur die Herren Vorsteher Dittenberger und die Stadtverordneten Nesse, Giese und Reiling.

Fast ohne Debatte werden folgende Punkte erledigt: Die Rechnung der Steuerkasse für 1902 wird entlastet. Die vorgeschlagene Abänderung des Beschlusses vom 26. September 1904 betreffend Aufnahme einer Anleihe für Kanalisationszwecke wird nach einem Antrage des Stadtv. Giese abgelehnt. — Dem Landerwerb von den Grundstücken Brüderstr. 10 und Albrechtstr. 22 wird zugestimmt. — Punkt 7, bauliche Veränderungen im Grundstücke Schmeerstr. 21, wird vertagt. — Der kaufmännische Rechnungsabschluß des Gaswerkes für 1903 wird gutgeheißen und die erforderliche Nachbewilligung wird ausgesprochen. — Der Gründung von Lehrer- und Lehrerinnenstellen an den Mittel- und Volksschulen wird zugestimmt. — Punkt 11, Erhöhung der Löhne der Feuerwehrmannschaften wird vertagt. — Für Kapitel VIB. II 3 des laufenden Haushaltsplanes werden 400 Mk. nachbewilligt.

Nach der Erledigung der Tagesordnung beantragt Stadtv. Thiele, für die nächste Sitzung einmal die Besprechung des letzten Geschäftsberichts des Magistrats auf die Tagesordnung zu setzen. Später werden die Sitzungen durch die Etatsberatungen sehr belastet sein; die Besprechung des Berichts ist aber unbedingt nötig. Auch würde sie, wenn sie beim Etat stückweise erfolgt, nicht wirksam sich gestalten können. Stadtv. Gygas ist gleich anderen Stadtverordneten mit der Besprechung einverstanden, die allerdings notwendig sei, aber sie lasse sich vielleicht später einmal vornehmen, „wenn recht, recht wenig auf der Tagesordnung stehe". Stadtv. Thiele erwidert, dann werde die Besprechung am St. Nimmerleinstage erfolgen. — Gegen wenige Stimmen wurde schließlich der Antrag, die Besprechung auf die nächste Tagesordnung zu setzen, abgelehnt und die Sitzung unter Vertagung der in die geschlossene Sitzung verlegten Punkte geschlossen.

Parteinachrichten.

— **Zum Fall Hug** schreibt der Vorwärts: „Die Erklärung, die Genosse Hug in Bant im Einverständnis mit den dortigen Genossen abgegeben hat, als er zum Gemeindevorsteher gewählt werden sollte, hat vielfach lebhaften Widerspruch in der Parteipresse gefunden. Wir haben uns dieser Kritik nicht angeschlossen, weil wir in der Absicht des Genossen Hug nichts zu Mißbilligendes fanden. Wir hielten deshalb die Kritiken für unnötig, sind aber natürlich weit davon entfernt, den Kritikern einen Vorwurf daraus zu machen. Aber dagegen protestieren wir, daß man deswegen den Genossen Hug persönlich so verunglimpft, wie es jetzt noch zwei Parteiblätter anläßlich der Nichtbestätigung tun. So schreibt das Volksblatt für Harburg:

„Geizt Paul Hug jetzt immer noch nach der Ehre, Gemeindevorsteher von Bant zu werden, dann kann er sich ja den Wink der Regierung einmal überlegen — und auch noch versprechen — kein Sozialdemokrat mehr zu sein. Der Schritt wäre nach dem bereits geschehenen nicht der größte."

Und die Dortmunder Arbeiter-Zeitung gibt der Mitteilung von der Nichtbestätigung diese Spitze: „Die Prostituierung war umsonst."

Man braucht mit dem Verhalten von Hug nicht einverstanden zu sein; die Sache hat überall in der Partei sehr böses Blut gemacht, zu solchen polemischen Unarten sollte aber niemand seine Zuflucht nehmen, der eine abweichende Meinung zum Ausdruck bringen wollte.

— **Gemeindewahlen.** In St. Johann an der Saar beteiligten sich unsere Genossen zum ersten Male an den Stadtverordnetenwahlen. Von 2700 Wahlberechtigten stimmten nur 842 ab. Unser Kandidat erhielt 53 Stimmen. Das ist in Anbetracht der Oeffentlichkeit der Wahl bei den dort herrschenden Verhältnissen ein ganz erfreulicher Anfang. — In Greiz wurden in der dritten Klasse sämtliche acht Kandidaten unserer Partei gewählt. — In Steinach (S.-M.) wurde Genosse Weigelt in der engeren Wahl mit 10 gegen 9 Stimmen als Mitglied zum Kreisausschuß gewählt. — In Gießen wurde Genosse Krumm neben 15 bürgerlichen Kandidaten zum Stadtverordneten gewählt. Krumm, der auf mehrere bürgerliche Listen mit übernommen war, erzielte von allen 16 Kandidaten die höchste Stimmenzahl: 2095. Für unsere sonstigen Kandidaten wurden rund 600 ungesittchene Stimmzettel abgegeben, etwa 100 mehr wie bei der letzten Wahl. Unsere Parteigenossen hatten nur acht Kandidaten aufgestellt; sie werden im Stadtverordneten-Kollegium durch zwei Genossen vertreten sein: Krumm und Orbig.

— **Die Stadtverordnetenwahlen in Erfurt,** die mit einem Stimmenrückgang unserer Genossen endeten, wurden in der letzten Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins besprochen. Der Referent über diesen Punkt stellte den Antrag, diejenigen Genossen, die Mitglieder des Vereins sind und ihr Wahlrecht nicht ausüben, aus dem Verein auszuschließen. Dieser Antrag rief eine längere Debatte hervor und wurde abgelehnt, weil ein anderer Antrag den Vorstand beauftragte, von den Genossen eine Erklärung zu verlangen, warum sie nicht gewählt haben. Die nächste Versammlung wird sich also nochmals mit dem Ausschlußantrage befassen müssen, wenn man die Erklärungen für nicht stichhaltig erklären sollte.

— **Parteipresse.** In die Redaktion des Volksblattes für Harburg ist an Stelle des ausgeschiedenen Genossen Rühle der Genosse Ernst Köpke eingetreten. — In Lörrach in Baden wird demnächst ein neues Parteiorgan erscheinen.

— **Zur Einigungsfrage in Frankreich.** Die Delegierten der beiden sozialistischen Richtungen, je 15 an der Zahl, haben bereits eine vorbereitende Sitzung abgehalten. In dieser handelte es sich nur darum, zunächst die Formalitäten für die weiteren Verhandlungen festzusetzen. Es wurde beschlossen, die Zahl der Vertreter herabzumindern. Es werden nun den Guesdisten, den Jaurésisten und den Allemanisten je sieben Vertreter zugebilligt; die autonomen Föderationen haben das Recht, je einen Vertreter zu entsenden. Vorbedingung für die Zulassung der letzteren ist, daß sie vor dem Amsterdamer Kongreß bestanden haben und daß sie erklären, als Basis der Einigung die Beschlüsse der internationalen Kongresse anzuerkennen. Ferner ist beschlossen, daß die Punkte, die in der Einigungskommission strittig bleiben, dem internationalen Bureau unterbreitet werden sollen. Die Einigungskommission tritt nunmehr am 29. November zu ihrer ersten Sitzung zusammen.

Gewerkschaftliches.

In der Gothaer Waggonfabrik traten auch die Lackierer in den Ausstand, um nicht Streikarbeit verrichten zu müssen. Von der Geschäftsleitung war den Ausständigen bis Montag früh Frist zur Wiederaufnahme der Arbeit gegeben. Sie unterhandelten alsbald mit dem Streikkomitee, welches ihnen gebot, die Arbeit, allerdings unter Verweigerung von Streikarbeit, wieder aufzunehmen.

Ausland.

Dänemark. In der Kinderwagenfabrik von P. M. Knudsen in Kopenhagen sind die Arbeiter in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie bitten alle in der Branche arbeitenden Kollegen, die Solidarität unbedingt zu wahren. Nähere Mitteilung gibt Franz Elze, Fredrigsberg bei Kopenhagen, Sindschleveigt 11.

Eingesandt.

Geehrte Redaktion!

Gestatten Sie mir, den Konsumenten ein Bild von der traurigen Lage in der Kleiderbranche zu entwerfen.

Als wir Schneider dieses Frühjahr in eine Lohnbewegung eintraten, um endlich einmal feste Tarife nach Art der Buchdrucker bei uns einzuführen, wollten die meisten Inhaber der Konfektionsfirmen ohne Umschweife sofort bewilligen, wenn auch meist nur den Tarif niedrigster Klasse. Die Firma Hermann Bauchwitz wollte sogar den ersten Tarif bewilligen, denn sie meinte, Bezahlung hiernach verlange ja doch keiner, ein Beweis, wie die Interesselosigkeit vieler Schneider von dieser Seite geschätzt wird. Dieser Akt der Schlauheit seitens der Geschäftsinhaber brachte ihnen den Nutzen, daß bei ihnen ohne Unterbrechung weitergearbeitet werden konnte. Je länger der Streik dauerte, desto lieber war es ihnen, denn mit der Zeit wäre ihr ganzes Lager an fertigen Sachen leer geworden. Aber glücklicherweise dauerte der Streik nicht lange, und das dicke Ende kam gleich nach. Alles, wozu man sich vorher leichten Herzens schriftlich verpflichtet hatte, war bereits wieder vergessen.

Von der Firma Weiß wurden von vornherein die 5 Proz. für Heimarbeit wieder gestrichen. Und was die nichtorganisierten Kollegen für Löhne bekommen, wird man in den meisten Fällen nicht gewahr, denn diese Auchkollegen sind meistens nicht zugänglich.

Den Kollegen der Firma Cahn wurde schon vor Pfingsten mit der Begründung gekündigt, die Firma könne diese hohen Löhne nicht bezahlen. Dieser Hohn, wenn man bedenkt, daß auch dort nur in der niedrigsten Tarifklasse gearbeitet wird! Nun ließen sie, wie auch die Firma Cohn, konfektionsmäßig in Berlin arbeiten. Daß dadurch hiesige Schneider brotlos wurden, machte ihnen wenig Kummer.

Das bei der Firma Cohn seit dem Streike schon die zweite Maßregelung vorgekommen ist, darf nicht unerwähnt bleiben. Im ersten Falle handelte es sich um den Nichtorganisierten Angermann, der bei Bühlig den Rausreißer für diesen machte, was er, wenn die Maßregelung nicht vorkam, vielleicht nicht getan hätte. Bei dieser Firma scheint der Zuschneider die treibende Kraft zu sein.

Ueber die Firma Paul mit ihren Anzügen für 22.50 M., jetzt 25 M., noch viele Worte zu verlieren, ist eigentlich schade, denn diese Firma richtet sich mit ihrem Angebot selbst, wenn es auch noch Leute genug gibt, die auf den Leim hüpfen. Wenn man sich nun aber von organisierten Arbeitern, speziell von Buchdruckern, muß sagen lassen, sie gingen, unbekümmert um unsere Lohndifferenzen mit dieser Firma, trotzdem hin und ließen sich einen Anzug für 22.50 M. anfertigen, so möchte man doch rufen: O heilige Konsequenz! Den Buchdruckern ist doch noch erinnerlich, daß sie sich an den Magistrat wendeten, dieser möge städtische Druckarbeiten nur an tarifreue Druckereien vergeben, denn nur hier könnte für gute Arbeit garantiert werden. Dasselbe trifft aber auch bei uns Schneidern zu.

Da ich der festen Ueberzeugung bin, daß es noch viele ehrliche und sich mit uns Schneidern solidarisch fühlende Genossen gibt, trete ich mit diesen Zeilen an die Oeffentlichkeit und bitte, uns in unserem Kampfe unterstützen zu wollen, damit den Herren gezeigt wird, daß sie nicht nur Rechte sondern auch Pflichten haben.

Besonders ist es Pflicht jedes Kollegen, das durch Kampf Gewonnene auch hoch zu halten, wenn es auch noch viele gibt, die unsere traurige Lage noch nicht begriffen haben. Mancher wird alt wie eine Kuh, und lernt doch nichts dazu. th.

Aus dem Reiche.

Leipzig. Liebestragödie. Der Arbeiter Daberkow erschoß seine Geliebte, die Arbeiterin Kloster, und dann sich selbst.

Rybnik. Erstickt aufgefunden wurden in einem Neubau zu Nikolai drei Männer, die sich neben einen Koksofen in einem Neubaue gelegt hatten. Die ausströmenden Gase führten ihren Tod herbei.

Straubing. Raubmord. Der Buchhalter des Nürnberger Raiffeisenvereins Magas wurde im Gasthaus Münchener Hof mit durchschnittener Kehle und eingeschlagenem Schädel aufgefunden; geraubt waren 3000 Mark. Als der Tat verdächtig wurde das auf der Reise befindliche Ehepaar Pirzundner im Matiasterbräu in München verhaftet.

Straßburg i. E. Eine mysteriöse Geschichte wird der Franff. Ztg. gemeldet: Am Sonntag morgen fand im Wald bei Geispolsheim ein Kampf zwischen dem Waldhüter Joseph Ulm und sechs Wilderern statt. Zwei Wilderer, Ebel und Republik, wurden in der Nähe ihrer Wohnung getötet, ein dritter, Antz schwer, die übrigen drei leicht verletzt.

Es ist wirklich nicht recht zu verstehen, wie der eine Förster sechs Wilderer teils niederknallen, teils verwunden konnte. Oder waren die Leute gar unbewaffnet.

Vermischtes.

* **Ein Orkan** hat auf den Talaut-Inseln, nordöstlich von Celebes, eine große Ueberschwemmung verursacht; 30 000 Einwohner sind obdachlos. Häuser und Schiffe wurden zerstört, Pflanzungen vernichtet.

* **Ein Großfeuer** brach am Sonnabend in einem Lagerhause in Brooklyn (Newyork) aus und ergriff darauf vier andere Häuser. Die Insassen der letzteren haben sich wahrscheinlich alle gerettet; in dem ersteren fand die Feuerwehr 12 Leichen. Der Tod war durch Ersticken eingetreten. Die Häuser waren meist von italienischen Arbeitern bewohnt.

* **Ein russisches Sittenbild** wird einer Meldung des B. T. aus Odessa entrollt: In Shitomir wurden der Chef der Feuerwehr, Brandmeister Ossipow, und der Oberstleutnant Abramowitsch wegen Brandstiftung zu drei beziehungsweise zwei Jahren Zwangsarbeit verurteilt.

Versammlungsberichte.

Wittenberg.

Es kommt nicht oft vor, daß wir eine gut besuchte Versammlung zu verzeichnen haben. Die Parteibewegung am hiesigen Orte hat unter der Lokalfrage sehr zu leiden. Es dürfte wohl selten der Fall sein, daß uns trotz 700 gewerkschaftlich organisierter Arbeiter ein größeres Versammlungslokal bis heute noch nicht zur Verfügung steht. Welche gewaltige Aufgabe hat die hiesige Arbeiterschaft auf diesem Gebiete noch zu erfüllen! In keinem anderen Falle könnte sie ihre Macht besser zur Geltung bringen, als in der Erringung eines größeren Lokales in Wittenberg! So kommt es denn auch, daß von einer Agitation im großen Maßstabe leider noch nicht die Rede sein kann. Um so erfreulicher ist es deshalb, daß uns bereits seit einer Reihe von Jahren im nahen Klein-Wittenberg der große Saal des Kronprinzen zur Verfügung steht, der denn auch fleißig zu Agitationszwecken ausgenutzt wird. So hatten sich wieder zu einer Volksversammlung am 15. November ca. 350 Personen eingefunden, um einen Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genossen Ed. Bernstein über „Das Reich der Gewerkschaften und ihre Grenzen" anzuhören. Es hätten allerdings noch 200 Personen mehr Platz finden können. In klarer, leicht verständlicher Weise schilderte der Vortragende die Anfänge der Arbeiterbewegung überhaupt und das Entstehen der ersten Gewerkschaften, ihre Gegner selbst unter den Sozialisten, ihre Erfolge, Ausdehnung und Leistungsfähigkeit bis auf den heutigen Tag. Wollte man bereits in den ersten Anfängen die Grenzen der Gewerkschaften erkennen, so sind dieselben heute mit nahezu 1 Million Organisierter noch keineswegs an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit und Ausdehnung angelangt. Sind doch noch außer den Verkehrsarbeitern 6 Mill. Lohnarbeiter ihren Organisationen zuzuführen. Sind bis heute schon durch die Organisationen Hunderte Millionen Stunden an Freiheit dem Arbeiter zurück erobert worden, so bleibt trotzdem noch unendlich viel zu tun übrig. Das Reich der Gewerkschaften kennt eben keine Grenzen in seiner Ausdehnung und Leistungsfähigkeit, so lange die industrielle Entwicklung fortschreitet. Und welch ungeheuren Einfluß haben die Gewerkschaften auf die Lebenshaltung der Arbeiter, auf das Kulturleben überhaupt und auf die Gesetzgebung ausgeübt! Unsere ganze soziale Gesetzgebung ist die Folge der gewerkschaftlichen Kämpfe und Errungenschaften.

Und doch können die Gewerkschaften nicht alles. Die Schaffung von Gesetzen zum Schutz der Heimarbeiter fällt außerhalb ihrer positiven Tätigkeit. Auch haben sie keinen Einfluß auf die Bodenspekulation, deren Kosten die Arbeiter durch unvernünftig hohe Mieten zu tragen haben. Hier, wo der Einfluß der Gewerkschaften aufhört, fängt die Tätigkeit der politischen Partei an. Und für die Arbeiterschaft kann eben nur die sozialdemokratische Partei in Betracht kommen. Darum ist es Pflicht jedes Arbeiters, sich nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch zu organisieren. Derjenige ist ein Verräter an sich selbst und an der Gesamtheit, der noch außerhalb seiner Organisation steht. Er trägt mit die Schuld, daß seine Arbeitsbrüder so ungeheure Opfer bringen müssen, für die, so nicht säen, aber ernten wollen. — Ob die vielen Unorganisierten in dieser Versammlung die Lehre ziehen und in die Reihen ihrer Arbeitsbrüder eintreten, um Schulter an Schulter zu kämpfen für Besserung ihrer so schlechten Lage? (Eing. 18. ds.) O. G.

Der Sozialdemokratische Verein Trebnitz

hielt am 13. November seine Monatsversammlung im Böttcherschen Lokale ab. Der Vorsitzende erstattete Bericht über das 1., 2. und 3. Quartal und erklärte, daß auch in unserem Orte mehr für den Verein müsse agitiert werden.

Bei der vorgenommenen Neuwahl wurden die Genossen A. Ullmann als Vorsitzender, Feike als Kassierer wieder- und Genosse Roßberg als Schriftführer neugewählt. Als Revisoren wurden die Genossen O. Heynold, F. Burkhard, G. Busch, und als Bibliothekar K. Wolf wiedergewählt.

In der sich anschließenden Diskussion kritisierte Genosse Klingner das Verhalten des Gewerkvereins (Hirsch-Duncker)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-170675262190411 23-13/fragment/page=0007

gegenüber Genossen Roßberg, da derselbe, weil er im Bergarbeiterverbande ist, keine Arbeitslosen-Unterstützung erhalten könne. Weiter wurden die Genossen daran erinnert, die gemaßregelten Genossen Klingner, Nacke und Roßberg durch Zustellung von Arbeiten zu unterstützen. Der Antrag, in nächster Zeit ein Vergnügen zu veranstalten, wurde angenommen. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

(Eingeg. am 18. ds.) A. R.

Schneider in Naumburg.

In der starkbesuchten Versammlung am 14. Nov. hielt Kollege Godemann aus Erfurt einen Vortrag über den Einfluß der gewerkschaftlichen Organisation auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Schneidergewerbe. Redner wies in seinem 1½stündigen Vortrag auf die Entwickelung der gewerkschaftlichen Organisation und an der Hand statistischen Materials auf die Schäden der Heimarbeit hin. Er schloß seine Ausführungen mit einem Apell an die noch fernstehenden Kollegen, worauf sich mehrere in den Verband aufnehmen ließen. In der folgenden Diskussion wurden verschiedene Mißstände am Orte gerügt. So zum Beispiel die Werkstätte des Herrn Falkenstein. Schon der Eingang zu derselben ist für Uneingeweihte höchst gefährlich. In der Werkstatt selber, welche ca. 6 Meter lang, 4 Meter breit und 2,40 Meter hoch ist, arbeiten 4—5 Mann und müssen zugleich auch darin bügeln. Man kann sich die Atmosphäre in einem solchen Zimmer vorstellen, zumal abends fünf in nicht bester Verfassung befindliche Petroleumlampen ihre Gase ausströmen. Die Reinigung läßt auch viel zu wünschen übrig. Ein Spucknapf ist überhaupt nicht vorhanden und ein Handtuch gibt es nur auf wiederholtes Verlangen nach zwei- bis dreiwöchentlichem Gebrauch. Herr Falkenstein war als Mitglied des hiesigen Arbeitgeber-Verbandes zur Generalversammlung nach Braunschweig delegiert. Später hat er in Erfurt einen Vortrag gehalten. Wir glaubten, der Vortrag werde die Errichtung von Betriebswerkstätten betreffen. Herr Falkenstein zog es jedoch vor, über die Notwendigkeit der Streikversicherung der Unternehmer zu sprechen. — Die Falkensteinsche Werkstatt ist nicht die einzige am Orte, in welcher Mißstände bestehen. — Mit der Aufforderung an die Kollegen, treu und fest zum Verbande zu halten, wurde die Versammlung um 12 Uhr geschlossen.

(Eingegangen am 19. Nov.) B. F.

Letzte Nachrichten.

Krieg in Ostasien.

London, 22. Nov. Aus Tschifu wird gemeldet: Der Angriff auf Port Arthur wurde am vergangenen Freitag wieder begonnen und währte bis Sonnabend. Ueber den Verlauf ist in Dalny nichts bekannt.

Schanghai, 22. Nov. Russen, welche vor Port Arthur in japanische Gefangenschaft gerieten, sagten aus, daß fünf russische Kriegsschiffe durch das japanische Feuer kampfunfähig gemacht seien.

London, 22. Nov. Die Abendblätter bringen eine Depesche aus Mukden, wonach es den Anschein habe, daß Oyama eine großartige Offensive zur Besetzung von Mukden entwickle. Die gegenwärtigen Scharmützel seien nur Vorläufer einer bedeutenden Schlacht. Den Japanern sei es gelungen, alle russischen Angriffe zurückzuschlagen, während die Russen den Japanern in gleicher Weise begegneten. Am 17. November aber fand am Hun ein sehr blutiger Kampf statt, in welchem die Russen starke Verluste hatten.

Paris, 23. Nov. Matin berichtet aus Petersburg: Im Generalstab wird erklärt, daß eine große Schlacht am Scha noch nicht begonnen habe. Die bisherigen Zusammenstöße waren nur Vorpostengefechte, die auf die Absicht größerer Operationen schließen lassen.

Paris, 22. Nov. Nach einer Heraldmeldung aus Gensan stellten die Russen ihre militärische Bahnlinie von Wladiwostok zum Tumenfluß fertig. Die Arbeiten der Japaner am Bau der Strecke Gensan—Söul haben begonnen. 1000 Japaner landeten gestern in Gensan und wurden sofort beordert, die nördlich und südwestlich von Gensan sich zeigenden Kosakenabteilungen zu vertreiben.

Tschifu, 22. November. Der amerikanische Admiral hat den chinesischen Admiral mitgeteilt, daß er das Feuer eröffnen werde, falls die Japaner versuchen sollten, sich in Besitz des gesunkenen russischen Torpedobootes Rastoropnyj zu setzen. Der chinesische Admiral antwortete, er werde Gewalt anwenden, wenn die chinesische Neutralität verletzt würde.

Warschau, 22. November. Angesichts der letzten Unruhen werden für die bevorstehende Inspizierungsreise des Zaren durch Rußland ganz außergewöhnliche Sicherheitsmaßregeln getroffen. Mehr als ein Armeekorps wird zur Ueberwachung der Eisenbahnlinien aufgeboten werden. Schon jetzt stehen alle wichtigen Punkte unter militärischer Bewachung, von 100 zu 100 Metern unter jeder Brücke sind Boote mit Detachements postiert.

Kopenhagen, 22. Nov. Die hiesige ostasiatische Compagnie verkaufte ihren größten Dampfer an Rußland.

Dessau, 22. Nov. Das Kriegsgericht verurteilte nach zweitägiger Verhandlung den Gefreiten Günther und den Musketier Voigt vom 93. Regiment wegen „militärischen Aufruhrs" zu **5 Jahren Zuchthaus**, den Unteroffizier Heine wegen Körperverletzung mit der Waffe **zu 3 Monaten**. Heine hatte Günther und Voigt in der Trunkenheit auf dem Tanzboden provoziert und diese hatten ihm darauf das Seitengewehr entrissen.

Königsberg, 22. Nov. Abermals ausgesperrt hat der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe zu Königsberg die Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer und des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer. Beide Organisationen weigerten sich, den von den Unternehmern mit der während des Streiks geschaffenen Streikbrecherorganisation vereinbarten Tarif anzuerkennen und lehnten es ab, Delegierte zu einer in diesem Tarif vorgesehenen gemeinsamen Kommission zu entsenden.

Berlin, 22. Nov. Der gestrandete Dampfer Gertrud Wörmann ist nach einem amtlichen Telegramm der Morgenblätter vollständig verloren. Die Mannschaft ist gerettet.

Hanau, 22. Nov. Angesichts der Notlage der Spiritusindustrie und die Verteuerung der Kartoffeln hat die hiesige Handelskammer zusammen mit der von Nordhausen an die Reichsregierung eine Eingabe gerichtet, welche das Brennen von Mais durch ein Notgesetz freizugeben beantragt.

Weimar, 22. November. Der Bäckermeister Jung und sein Gehilfe wurden wegen Falschmünzerei verhaftet.

Jahde, 22. November. Bei einem Brande hier wurden durch eine stürzende Giebelmauer der Besitzer des eingeäscherten Hauses, dessen Vater, Frau und Schwägerin verschüttet. Der Vater ist getötet, die übrigen sind lebensgefährlich verletzt.

Prag, 22. November. In der Gußstahlhütte der Skodawerke traten 22 Arbeiter wegen Lohndifferenzen in Streik.

Zürich, 22. Nov. **Der sozialdemokratische Parteitag** wurde gestern beendet, **das neue Parteiprogramm angenommen.** Bei Erörterung über den Gesetzentwurf der eidgenössischen Militärorganisation siegte die schärfere Richtung mit dem Verlangen des absoluten Verbots des Militäraufgebots bei Ausständen. Ferner wurde die Wahl der Offiziere und Unteroffiziere durch die Mannschaft verlangt. Gegen die Ausweisung und den Beitritt der Schweiz zum Anarchisten-Geheimvertrag wird durch die Partei im Nationalrat Einspruch erhoben werden. Einstimmig wurde beschlossen, die Verstaatlichung der Wasserkräfte in der Schweiz für elektrische Kraftgewinnung zu fördern.

Homburg, 22. Nov. In der Krankenkasse des Rheinlandes in Hochheide wurden große Unregelmäßigkeiten entdeckt.

Budapest, 22. Nov. Trotz der Androhungen seitens der Behörden fanden abends neuerlich Kundgebungen der Studentenschaft statt. Diese beschloß eine Manifestation.

Briefkasten der Redaktion.

Löbejün. Gewerbe-Inspektion: Gewerberat Menzel, Halle a. S., Hohenzollernstr. 7. Sichere Sprechzeit: Donnerstags. — Vorsitzender des Schmiede-Verbandes für Halle ist M. Grunert, Lessingstraße 35.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle (Nord, Burgstraße 38), 21. November.

Aufgeboten: Arbeiter Quilitzsch und Marie Reinhardt (Böllbergerweg 58 und Große Wallstraße 4). Mechaniker Schau und Marie Meye (Wilhelmstraße 4). Restaurateur Lücke und Anna Richter (Friedrichsplatz 8 und Brandenburgerstraße 10).

Geboren: Arbeiter Wendt T. (Weißenburgstr. 19). Arbeiter Holland S. (Schulberg 1). Schneidermeister Bitzthum T. (Blumentalstraße 24). Tischlermeister Stintz T. (Herderstr. 9). Arbeiter Brode S. (Advokatenweg 39). Arbeiter Hesse T. (Große Brunnenstraße 58). Pastor Hobbing S. (Weidenplan 5).

Gestorben: Arbeiters Holland S., 1 Tag (Schulberg 1). Heizers a. D. Mayer T., 6 M. (Göbenstraße 17). Invaliden Fricke S., 2 W. (Fleischerstraße 13). Rentiers Henze Ehefrau aus Eisdorf, 58 J.

Halle (Süd, Steinweg 2), 21. November.

Aufgeboten: Fabrikbesitzer Giesert u. Frida Meyer (Barbarastraße 2a und Nietleben). Former Fechtel und Ida Flacke (Ludwig Wuchererstraße 37 und Hochstr. 20). Arbeiter Straub und Martha Kühne (Singen). Arbeiter Kanis und Berta Nimmig (Bitterfeld und Niemegk). Schmied Euerkuchen und Frida Findeisen (Zeitz). Maurer Mögler und Emilie Elkner (Zwickau und Grabschütz). Polizei-Wachtmeister Tumosseit und Elisabeth Pflug (Bonarth).

Eheschließung: Schuhmacher Rühlmann und Marie Häßler (Alter Markt 33).

Geboren: Restaurateur Köbke S. (Moritzkirchhof 5). Arbeiter Knauth T. (Klinik). Arbeiter Lederbogen T. (Klinik). Arbeiter Müller S. (Freimfelderstraße 10). Tischler Thiersmann S. (Meckelstraße 13). Postschaffner Blüthgen T. (Dieskauerstr. 9). Stationsgehilfen Schucht S. (Mansfelderstraße 43). Kaufmann Ludwig S. (Landsbergerstraße 61). Arbeiter Mehlhose S. (Mühlgasse 2). Anstreicher Heidelberger S. (Mühlgasse 6). Maler Tietze S. (Wolfstraße 21).

Gestorben: Arbeiters Geitner T., 3 W. (Herrenstraße 20). Klempner Schweitzer T., 4 M. (Anhalterstraße 6). Expedienten Berger Ehefrau, 70 J. (Anhalterstraße 12). Fischermeisters Küpper Ehefrau, 26 J. (Klinik).

Verantwortlicher Redakteur: **Ad. Thiele** in Halle.

Teuchern und Umgebung.
Bei Bedarf in:
Herren-Winter-Ueberziehern
Herren-Anzügen und Joppen
Burschen-Anzügen und Joppen
Knaben-Anzügen und Joppen
Unterhosen, Strickwesten
Wäsche, Hosenträgern, Schlipsen
Wollenen Chemisetts m. u. ohne weiße Einl.
Halstüchern, Handschuhen
Strümpfen, Hemden und dergl.
findet jedermann eine reelle und billige Einkaufsquelle bei
Karl Christ,
Teuchern, Ecke Pegauerstraße.

Sie brauchen keine minderwertige Ware zu kaufen, wenn Sie nicht viel anlegen wollen.
F. Kloppes Schuhwarenhaus, Inh.: **H. Wiebach,** Kl. Ulrichstr. 12
liefert für wenig Geld elegante und dauerhafte Stiefeln.

Soeben erschienen:
Moderne Landsknechte
Heft I
von Ernst Däumig.
Erzählung aus dem Kolonial-Soldatenleben.
Erscheint in vier Lieferungen à **20** Pf., broschiert **80** Pf., elegant gebunden **1.25** Mk.
Das Buch eignet sich besonders als **Weihnachtsgeschenk**, auch für die reifere Jugend.
Auch alle Expedienten und Austräger nehmen Bestellungen entgegen.
Die Volksbuchhandlung,
Halle a. S., Geiststraße 21.

Holz-Schuhe
auch mit beweglicher Sohle
Filz- u. Holz-Pantoffeln empfiehlt
Fr. Fricke, Mansfelderstraße 47.

Paul Drietchen, Wörmlitzerstraße 109
Zigarren-Spezial-Handlung
empfiehlt sich den verehrten Lesern bei Bedarf.
Kulante Bedienung. Qualitäten.

„Samm-Wat"
billiger!
Fort mit Wichse
gebraucht

bester Schuhcrême
schwarz & farbig.
„Samm-Wat" macht Schuhwerk weich, geschmeidig, wasserdicht und glänzend ... Sensationeller Erfolg!
Bester Beweis für die Vorzüglichkeit.
Preis pro Dose schwarz 20 Pfg., farbig 25 Pfg.
Alleinverkauf für Halle.
Hamburger Engros-Lager
Leopold Nussbaum
G. m. b. H.
Gr. Ulrichstr. 60/61.
Barfüßerstraße 3/5.

Die größte Auswahl in
Baum-Behang,
Zuckerwaren,
Schokoladen,
bei bekannt billigsten Preisen.
ff. Pfefferkuchen
in bekannter Güte
empfiehlt
die **Honigkuchen-Fabrik**
von
C. Tornow Nachf.,
R. Schirmer,
Leipzigerstr. 82 und **Mansfelderstr. 43.**

Stube, Kammer u. Küche Jakobstr. 44 II sofort oder 1. Januar zu vermieten.

Krankenkassen-Mitgliedern
zur Nachricht, dass in **Albrechts Naturheilbad**, Friedenstrasse 28, sämtliche Bäder und Massagen verabreicht werden und dasselbe zu fast allen Krankenkassen zugelassen ist. Zentraldampfheizung. Geöffnet von morgens 7 bis abends 7 Uhr. Fernsprecher 2698.
Hochachtungsvoll **A. Albrecht.**

„Burg-Theater."
Mittwoch den 23. November
Grosses Schlachtefest.
Für Unterhaltung ist bestens gesorgt.
Hierzu ladet höflichst ein **Carl Schmidt.**

Eine echt Silber-Cylinder Remontoir-Uhr gratis
erhält derjenige, welcher die laufende **25 000. Reparatur-Nummer** bei Abgabe seiner Taschenuhr erhält, diese muß in kürzester Zeit zur Annahme gelangen. Es soll dieses eine Anerkennung meiner Kundschaft gegenüber sein. Gleichzeitig ist es wohl ein Beweis der Beliebtheit meiner Firma in 10 Jahren. Die Preise sind, wie allgemein bekannt, die billigsten.
Neue Feder 1 Mk., Glas 15 Pf.
Neuer Cylinder 2.50, Zeiger 10 Pf., Reinigen der Uhr 1.50, Schlüssel 5 Pf., Uhrring 10 Pf.
Die Arbeiten werden nur von ersten Gehilfen ausgeführt und leiste auf jede Uhr 1 Jahr Garantie.
Verkauf zu konkurrenzlosen billigen Preisen.
Sparmann's
Uhrenfabriklager, Gr. Steinstr. 47.

Möbelfabrik u. Magazin
31 Fleischerstraße 31.
Empfehle mein großes Lager anerkannt gut solid gearbeiteter **Möbel- und Polsterwaren** der Zeit anpassend zu billigsten Preisen.
H. Bergmann, Tischlermstr.

Tüchtigen Dreher als **Werkzeugmacher** stellen f. dauernd ein **Block & Buschmann.**

Konsumverein zu Merseburg u. Umg.
Für unsere Filiale in Lützen suchen wir einen verheirateten
Lagerhalter
(Kaution 500 M.) Offert. erbitten bis Sonntag den 27. d. M. nach unserem Kontor in Merseburg, Mälzerstr. 8. Der Vorstand.

Rest. zur Terrasse,
Böllbergerweg 23.
Mittwoch den 23. Nov.

großes
Schlachtefest
wozu freundlichst einladet
Max Stejskal.

Für die Herren Gastwirte und Restaurateure
Einladungskarten
zu Schlachte- und Bockbierfesten, Familienabenden &c.
sind zu beziehen durch
Die Volksbuchhandlung.

Die Rechte und Pflichten des Mieters
nach dem neuen
Bürgerlichen Gesetzbuch.
Kommentar zum Mietrecht von Richard Lipinski.
Preis 20 Pf. Preis 20 Pf.
Zu beziehen durch
Die Volksbuchhandlung,
Geiststraße 21.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219041123-13/fragment/page=0008